

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitung.
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benfsh-Strasse 2.

Dienstag, den 16. August 1898.

Expedition: SW. 19, Benfsh-Strasse 3.

Fortbildungs-Schulwesen in Preußen.

Fast noch ärger, als das Volks-Schulwesen liegt das Fortbildungs-Schulwesen in Preußen darnieder. Selbst die amtlichen Denkschriften lassen den Schluß zu, als verkenne man an maßgebender Stelle die hohe soziale Bedeutung der Fortbildungsschule vollkommen. Ist es schon an und für sich bedauerlich, daß der größte Teil unserer heranwachsenden Jugend bereits vom 14. Lebensjahre ab in Fabriken und Werkstätten sich abplagen muß, so sollte man, so lange solche Zustände nicht zu ändern sind, wenigstens dafür sorgen, daß den jungen Leuten Gelegenheit gegeben wird, ihre mangelhaften Schulkenntnisse zu ergänzen und auch die für die Ausübung ihres Berufes erforderlichen Spezialkenntnisse auf bequemere und billigere Weise sich anzueignen. Aber weit entfernt davon, auch nur den Versuch zur Lösung dieser sozialen Aufgabe zu machen, behandelt der preussische Staat, und in Uebereinstimmung mit ihm die herrschenden Klassen, die Fortbildungsschule stiefmütterlicher als irgend ein anderes Gebiet, dem er seine Fürsorge zuzuwenden hat. Anidrigkeit und Fälschheit bei Aufwendung für Kulturzwecke und daneben Berücksichtigung der Wünsche derer, die prinzipiell auf dem Boden stehen, daß eine gute Schulbildung vom Uebel ist — das sind die Grundsätze, die in der Behandlung der Fortbildungsschulen in Preußen siegreich zum Durchbruch gekommen sind.

Schon die Zusammenfügung der technischen Unterrichts-Kommission, die aus Mitgliedern beider Häuser des Landtages, aus Fabrikanten, Handwerksmeistern und Fachschuldirektoren besteht, in die man es aber bisher nicht für nötig gehalten hat, auch nur einen einzigen Vertreter der Arbeiterklasse zu berufen, läßt darauf schließen, daß die Fortbildungsschulen nur vom Standpunkt derjenigen aus betrachtet werden, die ihren Kindern auf höheren Schulen eine gute Ausbildung zu theil werden lassen können, für die also die Fortbildungsschule überflüssig ist. Und doch wäre es eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, sowohl bei der Volksschule als auch bei der Fachschule auf diejenigen Klassen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die ihre Kinder auf diese Schulen zu schicken gezwungen sind.

Von der Einrichtung einer allgemeinen obligatorischen staatlichen Fortbildungsschule sind wir einstweilen noch weit entfernt. Einmal schreit man davor zurück, die gesamten Kosten des Fortbildungs-Schulwesens auf den Staat zu übernehmen, sodann aber erblicken selbst solche Kreise, die an und für sich der Fortbildungsschule wohlwollend gegenüberstehen, in der obligatorischen Fortbildungsschule eine große Gefahr für die herrschenden Klassen. Sprach es doch der freisinnige Abg. Dr. Rängerhans noch vor kurzem bei der Verathung des Antrages v. Schendendorff im Abgeordnetenhaus ganz offen aus, daß gerade der freiwillige Unterricht, den man den Kindern der Armen biete, ein starkes Bollwerk gegen die Zunahme von sozialdemokratischen Anschauungen bilde! Als ob es eine Gnade und nicht vielmehr die Pflicht des Staates wäre, für einen ausreichenden Unterricht Sorge zu tragen.

Andere deutsche Staaten sind Preußen in bezug auf die Fortbildungsschule weit überlegen. Der größte Bundesstaat, der in politischer und wirtschaftlich reaktionären Fragen für die übrigen Staaten so oft tonangebend ist, steht mit seinem Fortbildungs-Schulwesen erst an 18. Stelle, und die Regierung denkt vorläufig gar nicht daran, das Fortbildungs-Schulwesen gesetzlich zu regeln. Es bleibt im großen ganzen den Gemeinden überlassen, ob sie von der ihnen durch die Gewerbe-Ordnung gegebenen Befugnis Gebrauch machen und durch Ortsstatut einerseits den Arbeitgebern die Pflicht zur Gewährung der für den Schulbesuch notwendigen freien Zeit, andererseits den Arbeitern die Pflicht zum Schulbesuch auferlegen wollen oder nicht. Die Unterstützung, die der Staat diesen Schulen zu theil werden läßt, ist eine äußerst geringe, und so erklärt es sich, daß die Zahl der Schulen in keinem Verhältnis steht zur Zahl derjenigen, die an dem Unterricht theilzunehmen bereit sind. Auf 10 000 Einwohner entfallen in Preußen erst 5 Fortbildungsschüler, während in Hessen, wo die Fortbildungsschule ebenso wie in Sachsen, Württemberg, Baden, Weimar, Meiningen, Koburg, Sondershausen und Waldeck obligatorisch ist, 35 Fortbildungsschüler auf 10 000 Einwohner kommen.

Am 1. Februar 1897 gab es in Preußen, abgesehen von den ländlichen Fortbildungsschulen, 671 obligatorische mit 72 461 Schülern und 754 freiwillige mit 67 545; die gesamten Ausgaben des Staates für dieses wichtige Gebiet beliefen sich seit Ende der achtziger Jahre auf 440 000 M. jährlich, in den letzten Jahren auf 550 000 M. Nach dem Etat von 1895/96 gab Preußen für gewerbliches Unterrichtswesen und für Fortbildungsschulen auf den Kopf der Bevölkerung nicht ganz 8 Pfennige, Baden 47 Pfennige aus. Und dabei belief sich die Zahl der jugendlichen Arbeiter in Fabriken, Bergwerken und Salinen, ohne die im Handwerk und in der Hausindustrie beschäftigten, zu derselben Zeit auf etwa 116 000. Auf den Kopf der in betracht kommenden Personen würden also von der für die allgemeine Fortbildungsschule ausgeworfenen Summe noch nicht 5 M. entfallen.

Wie wenig Rücksicht der preussische Staat auf die Bedürfnisse des gewerblichen Lebens nimmt, das erhellt die eine Thatsache, daß allein bei den Baugewerkschulen seit 1891 jährlich 1000 bis 2000 Schüler wegen Platzmangels abgewiesen werden mußten.

Wohl am jämmerlichsten ist es jedoch um das ländliche Fortbildungs-Schulwesen bestellt, das früher dem Kultusminister, später dem Handelsminister unterstanden hat und seit 1895 dem Landwirtschaftsminister überwiesen ist. Erst vom Jahre 1875 ab sind den ländlichen Fortbildungsschulen Unterförderungen aus Staatsmitteln zu theil geworden, da, wo die Gemeinden, Kreise oder Private die Aufwendungen nicht zu leisten vermochten. Mit dem Uebergang auf das landwirtschaftliche Ressort ist aus dem allgemeinen Fonds zur Förderung der Fortbildungsschulen ein besonderer Fonds in Höhe von 23 000 M. ausschließlich für Zwecke der ländlichen Fortbildungsschulen abgezweigt, auf ganze 36 000 M. erhöht und dem Minister für Landwirtschaft überwiesen worden. In der von dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Hammerstein verfaßten Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen wird als Hinderniß für die Entwicklung dieser Schulen die Verleumdung des Bedürfnisses und die ablehnende Haltung der bäuerlichen Kreise angeführt, die nur ein materielles Interesse haben, nämlich die Arbeitskraft der heranwachsenden Söhne möglichst bald und vollständig ausnützen zu können. Wörtlich fährt dann die Denkschrift fort:

„Fast mehr noch als die großbäuerlichen Kreise stehen die größeren Landwirthe und Großgrundbesitzer dem ländlichen Fortbildungs-Schulwesen ablehnend gegenüber. Ihnen fehlt selbstverständlich in noch höherem Maße ein unmittelbares Interesse an dem Fortbildungsunterricht, der für die eigenen Söhne garnicht in Frage kommen kann; andere Gründe mehr grundsätzlicher Natur führen sie zu einer der Fortbildungsschule häufig selbst feindlichen Stellungnahme. Dies ist besonders in den östlichen Theilen der Monarchie der Fall, wo die Frage in den Vordergrund tritt: ob Fortbildungsunterricht auch der ländlichen Arbeiterbevölkerung zu theil werden soll. Man begegnet nicht selten der Ansicht, daß eine Fortbildung für diejenigen, deren späterer Beruf der eines Sinedes oder ländlichen Tagelöhners ist, keinem Bedürfnis entspricht; der Volksschulunterricht gilt als völlig ausreichend; von einem Mehr wird eine Art von Halb- und Unbildung erwartet, die nur schädigend wirken und den Erfolg haben werde, die ländliche Arbeiterbevölkerung mit ihrem Verstande unzufrieden zu machen und mehr noch, als dies durch andere Ursachen bereits bewirkt wird, den Zug in die großen Städte zu verstärken. Auch wird die Befürchtung gehegt, daß das Halbwissen, welches durch den Fortbildungs-Unterricht begünstigt werde, die ländliche Arbeiterbevölkerung den Verführungen und Lehren sozialdemokratischer Agitatoren zugänglich machen könne. Einen mehr die sachliche Seite betonenden Fortbildungs-Unterricht hält man vollends für nicht erforderlich, da die ländlichen Arbeiter mehr auf Handfertigkeit und physische Ausdauer der Arbeiter, denn auf selbstständiges Ueberlegen und Durchdenken hinwirken. Daneben sind auch wirtschaftliche Bedenken für die Abneigung gegen den Fortbildungs-Unterricht maßgebend. Man scheut es vielfach, daß der jugendliche Arbeiter und Knecht der Arbeit, wenn auch nur auf Stunden, entzogen werde.“

Kann es ein vernichtenderes Urtheil über die Vernachlässigung der wichtigsten Kulturaufgaben seitens des Junkerthums geben, als es in dieser amtlichen Denkschrift niedergelegt ist? Und wie auf allen Gebieten, so zeigt sich auch hier wieder das ostelbische Junkerthum am allerkulturfeindlichsten. Gab es doch in der Provinz Ostpreußen 1896/97 keine einzige ländliche Fortbildungsschule, in Westpreußen, Brandenburg und Pommern zusammen nur 12, während die drei westlichen Provinzen Hannover, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz deren 659 aufwiesen! Im ganzen preussischen Staat wurden 875 ländliche Fortbildungsschulen gezählt, die von 18 317 Schülern besucht wurden. Der Gesamtaufwand hierfür belief sich auf 91 808 M., wovon aufgebracht wurden durch den Staat 33 717 M., durch Private, Vereine und Schulgeld 22 647 M., durch Gemeinden 19 430 und durch Kreise 16 014 M. Dabei ist zu beachten, daß der Unterricht durch Lehrer vielfach unentgeltlich erteilt wird. Wie die Denkschrift ausführt, ist die Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen fast noch mehr, als dies bei den gewerblichen Schulen der Fall ist, davon abhängig, daß den Gemeinden von Privaten oder vom Staat mit Unterstützungen zu Hilfe gekommen wird; „eine selbstständige Entwicklung, die von der Staatsunterstützung absehen könnte, ist von den Gemeinden heraus nicht zu erwarten“.

Wenn das aber der Fall ist — und wir zweifeln nicht daran, daß die Gemeinden vielfach recht wenig für den Fortbildungs-Schulunterricht thun —, so hätte der Staat um so mehr die Pflicht, hier helfend eingzugreifen. Freilich nicht helfend in dem Sinne, daß er bald dieser, bald jener Gemeinde aus dem Dispositionsfonds einen Brocken hintwirft, sondern indem er feste Grundsätze für das gewerbliche kaufmännische und ländliche Fortbildungs-Schulwesen aufstellt. Mit etwas über einer halben Million Mark wird sich auf diesem Gebiete natürlich nichts erreichen lassen. Sollen wir wirklich in Preußen zu Fortbildungsschulen kommen, die eines zivilisirten Staates würdig sind, dann müßten sich Regierung und Volksvertretung bequemen, für eine so wichtige Aufgabe weit größere Mittel zur Verfügung zu stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß dann die Ausgaben für kulturfeindliche Zwecke etwas ge-

führt werden. Eine wirkliche Besserung wird sich allerdings erst dann erreichen lassen, wenn die Macht der kulturfeindlichen Elemente in Preußen gebrochen ist und wenn Regierung und Volksvertretung in ihrer Mehrheit aus solchen Männern besteht, denen als höchstes Gesetz nicht der Wunsch der „Reinen, aber mächtigen Partei“, sondern der Wille des Volkes vor Augen schwebt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten werden in einem Theil der Presse mit recht als getrübt dargestellt. Deutsche und amerikanische Blätter, die den politischen maßgebenden Behörden nahe stehen, suchen durch langathmige Erklärungen und Artikel die Mißverständnisse zwischen beiden Völkern zu beseitigen. Der amerikanische Vorkämpfer White hat sogar seinerzeit Veranlassung genommen, in einer Rede alle jene Punkte hervorzuheben, die Deutschland mit Amerika verbinden. Und eben jetzt geht wieder ein Bericht der „New-Yorker Staatszeitung“ durch die deutsche Presse, dessen Quintessenz ist, daß die Beziehungen der deutschen Regierung zu der der Vereinigten Staaten die besten sind, die Volksmassen seien sogar amerika-freundlich gesinnt; nur die Organe der Agrarier und Antisemiten zeigten sich böseartig. Ebenso wird durch den Vorkämpfer White versichert, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk Deutschland nur wohl wollten. Wenn der Gedanken- und Gefühlsaustausch der offiziellen Stellen zweier Länder für die Stimmung Deutschlands zu den Vereinigten Staaten maßgebend sein würde, dann lebten wir allerdings in der besten Harmonie mit Amerika. Aber wer die Thatsachen und die Stimmung etwas näher kennt, der kann sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß in Deutschland, namentlich in Industrie- und davon abhängigen Kreisen, eine feindselige Stimmung gegen Amerika mehr und mehr herandringt. Ist dies denn verwunderlich angesichts der amerikanischen Konkurrenz in Deutschland, nicht nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft, sondern neuerdings auch auf dem Gebiete der Industrie? Welchen Staub, welche Erbitterung wirbelte es auf, als plötzlich amerikanisches Eisen und Eisenprodukte auf unserem heimischen Markte der deutschen Produktion verdrängende Konkurrenz bereiteten. Und andererseits ist auch nicht zu leugnen, daß der Amerikaner im Gefühle seiner stets wachsenden Konkurrenzfähigkeit übermüthig und großspurig wird. Man braucht wegen solcher Stimmungen nicht gleich an die Möglichkeit von gefährlichen Konflikten zu glauben. Wogegen wir uns wenden, das ist die Methode, den Kopf in den Sand zu stecken. Offiziell wird versichert, zwischen Deutschland und Amerika steht alles gut, und ein Blick in die Unternehmerrpresse belehrt uns, daß überall die Fortschritte der Amerikaner mit Mißgunst und Unwillen verfolgt werden! Man trägt unseres Erachtens mehr zur Aufrechterhaltung ruhiger Beziehungen zu Amerika bei, wenn man sich den Thatsachen nicht verschließt. Zu übrigen ist in den deutschen agrarischen und Regierungsfreien Amerika's rigoroses Vorgehen in der Zollfrage und seine differenzielle Behandlung des deutschen Judentums ebenso wenig vergessen, als in den Vereinigten Staaten die veterinar-polizeiliche Störung der amerikanischen Vieh- und Fleischausfuhr.

Wir sind überzeugt, daß zwischen dem Deutschen Reiche und der großen transatlantischen Republik zum Heile beider Völker die freundschaftlichsten Beziehungen bestehen könnten. Freilich, so lange Petroleum- und Zundertrust in Amerika und die ostelbischen Junker bei uns maßgebenden Einfluß auf die Regierungen nehmen, ist hierzu wenig Aussicht vorhanden, ist die Möglichkeit starker wirtschaftlicher Konflikte jeden Augenblick gegeben. —

Ueber den anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung.

wenigstens der Großindustrie, ist unsere Unternehmerrpresse wieder einmal der Freude und des Lobes voll. Die Gesamtförderung und der Gesamtverbrauch von Kohlen und Roaks betrug in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres im Ruhrbezirk 2 413 703 Doppelwagen (gegen 2 285 169 im Vorjahre), im Saarbezirk 374 478 (gegen 355 334) Doppelwagen, in Oberschlesien 841 572 (gegen 778 977) Doppelwagen, in den drei Bezirken zusammen also 3,63 Millionen Doppelwagen gegen etwas über 3,41 Millionen, so daß sich eine Steigerung ergibt im Ruhrbezirk um 5,6 pCt., im Saarbezirk von 5,4 pCt., in Oberschlesien um 8,7 pCt., im ganzen durchschnittlich um 6,3 pCt. Diese Steigerung war anhaltend, denn auch der letzte Monat (Juli) steht um 4,7 pCt. über dem Juli des Vorjahres, trotzdem er einen Arbeitstag weniger umschloß. Für die Eisenindustrie wird aus Rheinland-Westfalen von einem weiteren Aufschwollen der Aufträge berichtet, namentlich auch von einer steigenden Preisbildung für Fertigfabrikate. Man sängt auch an, das Auslandsgeschäft wieder mehr zu pflegen, nachdem man noch 1897 unter der Gunst des Inlandabfuges auf manchen Export in aller Seelenruhe verzichtet hatte: man exportirte 1896 1,52 Millionen Tonnen, 1897 nur 1,39 Millionen, während der Import gleichzeitig von 421 426 auf 564 744 Tonnen stieg. Im ersten Halbjahr 1898 jedoch wuchs gegen 1897 der Export von 665 320 auf 826 530 Tonnen, während der Import von 255 220 auf 219 920 Tonnen sank. Man erwartet ferner große Bestellungen für die Marine und die Eisenbahnen. Zu

Schlesien hat sich die Roheisen-Produktion auch im Juli noch weiter vergrößert, während gleichzeitig die Vorräte knapper wurden. Der Walzisenmarkt blieb weiter günstig.

Für Handelsteile und Werke haben die Werke auf mehr als zwei Monate, für Eisenbahnmateriale und Träger bis Ende des Jahres voll und für das letztgenannte Material zum Teil bis Juni nächsten Jahres vollausbelegung: neue Aufträge werden daher nur mit Lieferterminen von 10-14 Wochen zur Ausführung übernommen. Eine derartige vielmonatige Beschäftigung mit effizienter Arbeit ist es was im letzten Jahrzehnt noch nicht dagewesen, wie überhaupt in quantitativer Hinsicht, also was die Anforderungen der Konsumenten an die Leistungsfähigkeit der Werke betrifft, die gegenwärtige Periode, abgesehen von dem Ausschwunge im Anfang der 70er Jahre, als die bisher glänzendste überhaupt bezeichnet werden kann. Für gewöhnlich wird nämlich schon eine etwa dreiwöchige Belegung der Strecken mit Spezifikationen seitens der Werke als ein befriedigender Zustand angesehen.

Den Export hat man in Schlesien nie so sehr in zweite Reihe gestellt, die geographische Lage des Bezirkes ergab das ganz von selbst; man konnte ihn trotzdem noch diversifizieren, „wenn die Werke überhaupt in der Lage wären, mehr an Exportaufträgen zu übernehmen“. Man baut auf verschiedenen Werken, um sich von der rheinisch-westfälischen Industrie zu emanzipieren, die bisher noch manche Artikel liefern mußte. Gerade aus Schlesien melden jedoch auch bürgerliche Blätter von der dunklen Seite dieses Bildes: man zieht zum Lohn und immer neue Trupps von Arbeitern aus Galizien und Niederösterreich heran; die heimischen Arbeiter werden mit den Profamen abgefunden, die vom Tische des Kapitals abfallen.

Ähnlich lauten die Darstellungen aus der Maschinenindustrie, vom Waggonbau. Nur die Textilindustrie scheint nach der großen Ausdehnung von 1895 und 1896 keinen Höhepunkt mehr erreichen zu wollen.

Auch die Banken haben im ersten Halbjahr 1898 wohl noch mehr verdient wie 1897: die Gründungstätigkeit war wieder einmal geradwegs fieberhaft, dazu kamen reichliche Emissionen öffentlicher Anleihen, ferner, zum Teil als Wirkung dieser starken Anforderungen an den Geldmarkt, ein verhältnismäßig hoher Zinsfuß. Industrielle und Bankaktien sind an 340 Millionen Mark neu ausgegeben worden gegen 106 Millionen im vorjährigen Parallelzeitraum.

So hängt der kapitalistische Himmel noch immer voller Geigen, bis der erste Sturm des Krachs dieses ganze Kartenhaus des Glüdes auseinander wehen wird. Daß die Arbeiter an dem Ausschwunge in demselben Maße teilgenommen hätten, wie das Kapital, wagt auch die Unternehmerpresse nicht zu behaupten. Dagegen jammert sie in allem Eigennutze jetzt selbst noch über die „immensen Kosten der deutschen sozialpolitischen Gesetze“!

Die gräßlichen Grubenkatastrophen, von denen die Bergbau-Bevölkerung Preußens seit einigen Jahren immer häufiger heimgejagt wird, haben bekanntlich den Minister Weydel dazu gedrängt, den Beschwerden der Arbeiter insofern entgegen zu kommen, als er in Aussicht stellte, zu der Grubeninspektion, deren Verbesserung er verspricht, auch Vertreter der Arbeiter heranzuziehen zu wollen. Im Monat März dieses Jahres sind dann die Ober-Bergämter angewiesen worden, u. a. ihre Gutachten darüber abzugeben, ob zur Verbesserung der Grubenaufsicht die Anstellung staatlicher Unterbeamter oder die Verwendung von Arbeiter-Delegierten vorzuziehen sei.

Die Kotierte der Zechenbesitzer scheint nun zu befürchten, daß der Vorschlag der Verwendung von Arbeiter-Delegierten verwirklicht werde. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund hat eine Denkschrift verfaßt, worin versucht wird, dem preussischen Gesamtministerium den Kopf schon zu machen, damit es die Herren Zechenbesitzer und ihre Interessenten von der Sorge befreit, daß ihnen durch Arbeiter-Delegierte bei der Grubeninspektion in die Karten gedeutet werden könnte. Die Zechenvereinerung führt gegen die Heranziehung von Arbeiter-Delegierten eine Reihe „technischer“ Bedenken ins Feld, die aber mit der Technik selbst soviel wie nichts zu thun haben; sie lassen sich alle auf den heißen Wunsch aller Profitwiltzer zurückführen, im eigenen Hause Herr bleiben zu wollen, d. h. Despot. Die Herren Zechenbarone scheinen ihren „technischen“ Bedenken selber keinen besonders überzeugenden Kraft zuzutrauen, denn auf die „technischen“ Bedenken lassen sie „Bedenken politischen Charakters“ folgen und malen nun mit glühenden Farben das angebliche Unglück, das über die herrschende Gesellschaft hereinbrechen möchte, wenn durch die Heranziehung von Arbeiter-Delegierten eine Förderung der Sozialdemokratie erfüllt würde. Frech und froh wird gestunkert: „In jedem Falle werden Anhänger der Partei, mit einer gewissen staatlichen Autorität ausgerüstet, ihre Stellung zur Förderung der Parteizwecke ausnützen, und damit in letzter Linie den Bestand des Staates selbst gefährden.“

Selbst die Zechenbarone sind vermutlich nicht dumm genug, solchen Unstimm selbst zu glauben, und so bleibt nur der Schluß, daß sie in ihren Gruben Dinge zu verbergen haben, die ans Licht der Öffentlichkeit gezogen zu sehen, sie um jeden Preis verhindern müssen.

Wir wollen abwarten, ob der Verein der bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund mit seiner Eingabe, die noch allen übrigen preussischen Zechenbesitzer-Vereinen zur Unterzeichnung vorgelegt, werden soll, beim preussischen Gesamtministerium Glück hat. Sollte auch in diesem Falle das Unternehmer-Interesse über das Interesse der am Haut und Leben kämpfenden Arbeiter den Sieg davontragen, dann würde das die Schaaeren unserer Anhänger in den Kohlenbezirken ins tiefste Abgründchen lassen. Dessen kann man sich an den grünen Tischen Preußens versichert halten.

Deutsches Reich.

Gegen das Reichstagswahlgesetz wird wieder in der amtlichen „Leipziger Zeitung“ in einer Artikelserie angeklagt. Das Blatt hat es schon bis zum neunten Artikel gebracht. An Ausdauer in der Untergrabung der Reichsverfassung fehlt es wahrlich nicht der königlichen „Leipziger Zeitung“.

Die Bismarck-Memoiren werden gegenwärtig hauptsächlich, wie ein Korrespondent des „Schwarzwälder Boten“ bestimmt zu wissen vorzieht, im Verlag der Union hier hergestellt und zwar wird der erste Band demnächst schon erscheinen. Der Kontrakt ist bald nach der Entlassung Bismarck's abgeschlossen und als Honorar die Summe von 1 Million Mark vereinbart worden. Aber erst längere Zeit nachher, als die durch die ganze Presse gegangene Nachricht wieder verklungen war, ist mit dem Satz eines Teiles des Manuskripts Bismarck's begonnen, dem Sekretärpersonal gegenüber jedoch immer noch mit der größten Sorgfalt verfahren worden. Als Autor wurde demselben für die Berechnung der Druckerlöbne der Name eines bekannten deutschen Schriftstellers genannt, auch das Manuskript an die einzelnen Arbeiter nur in so kleinen Portionen zur Verteilung gebracht, daß der Zusammenhang so gut wie gar nicht herzustellen war. Die ungewöhnliche Schärfe des Stils zahlreicher Einzelstellen soll jedoch trotz aller Vorsicht nicht wenige Angehörige des Druckerpersonals auf die richtige Spur ge-

leitet haben. Nach erfolgter Zusammenstellung und der Korrektur des Satzes, zu welchen Arbeiter nur Vertrauensleute zugezogen waren, wurde der Satz verflochten. Die Endredaktion wird unter der Leitung des Kommerzienrats Strömer vollzogen und für die technische Herstellung des Wertes sind umfassende Vorrichtungsregeln getroffen, damit keine Indiskretionen begangen werden. Das läßt tief blicken.

Die „Schwäbische Tagwacht“ bemerkt zu dieser Meldung: „Unter diesen Umständen wird man von den Memoiren nicht zuviel erwarten dürfen. Ein Berliner Zensorenkollegium, dem vor einigen Tagen, wie man uns mitteilt, die Voten des 1. Bandes zur Durchsicht zugestellt wurden, wird zum Ueberflusse dafür sorgen, daß der Nachlaß des toten Kanzlers Hugel angelegt werden. Der Bismarck-Memoiren blüht womöglich noch ein ähnliches Schicksal, wie Bismarck selbst es dem literarischen Nachlaß Kaiser Friedrich's zu Teil werden ließ.“

„Vor den Landtagswahlen“ ist ein Artikel in der „Nation“, dem Organ der rechtsinnigen Vereinigung, überschrieben, der sich als erster einer Serie giebt.

Antikypend an der Rath, den Lassalle einst in etwas anderem Sinn der Fortschrittspartei gab — aussprechen das, was ist — unterzieht der Verfasser die Lage des Liberalismus einer strengen Kritik vom bürgerlichen Standpunkt aus. Er spricht vom Ausfall der Reichstagswahlen und dessen selbstgenügsamer Aufnahme in liberalen Kreisen: diese Erfahrung zeigt jedem, der sehen will, daß es sich hier nicht um eine akute Krise, hervorgerufen durch augenblickliche, von selbst von selbst vorübergehende Komplikationen, handelt, sondern um ein chronisches Leiden, dem gegenüber nur eine tiefgehende, organische Regeneration vor einem allmählichen, aber vollständigen Kräfteverfall betrauen kann. Den Grund dieses Leidens sucht er ausschließlich im Innern des Liberalismus, in seiner eigenen Verfahrenheit und der daraus fließenden Aktionsfähigkeit. „Und doch hat nach ihm der Liberalismus seinen Versuch nicht erfüllt, diesem ostelbischen Junkertum das Rückgrat zu brechen.“ Nach kurzer Schilderung der Vorgänge des liberalen Verfalls fordert der Verfasser sodann: die endliche Durchrechnung des vor bald einem Jahrhundert begonnenen, immer wieder verflumpten und dort als Voraussetzung jeder gesunden, modernen Entwicklung unvermeidlichen Entscheidungskampfes wider das preussische Junkertum! Und zur Aufnahme des Kampfes bieten die bevorstehenden Landtagswahlen die beste — und vielleicht letzte — Gelegenheit:

„Bei den Landtagswahlen handelt es sich lediglich um jene Fragen der inneren Politik, in denen alle Liberalen ohne jede Ausnahme nur ein gemeinsames Interesse und einen gemeinsamen Feind haben. Soll auch fernerhin das ostelbische Junkertum in einseitigem Klasseninteresse und engherziger Herrschaft die konstitutionelle Form für seine rücksichtslosen Ziele mißbrauchen dürfen; soll diese reaktionäre Gruppe fort und fort die innere Verwaltung Preußens beherrschen, die Selbstverwaltung auf dem flachen Lande verfallend, unter täuschenden Formen das alte, überlebte Feudalwesen aufrechtzuerhalten; die Volksschule, einstmaliges Preußens Stolz, heute eine seiner schwächsten Seiten, verkümmern lassen; die Entwicklung des inneren Verkehrs wehmen? Diese und nah verwandte Fragen sind es, über die die bevorstehenden Landtagswahlen die Entscheidung bringen. Und demgegenüber kann es noch ferner unheimlich, sich gegenseitig lähmende liberale Fraktionen geben? Hier soll der Liberalismus nicht wie ein Mann zusammenstehen im Kampfe für seine Lebensfragen? Und das angeht die Tatsache, daß im vorigen Hause den Vertretern des Junkertums nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten, daß jeder liberale Verlust ihnen, die schon die Burg des Herrenhauses als befestigten Grundbesitz innehaben, auch die Vollstammer ausliefern kann!“

Das ist eine Sprache, wie wir sie liberalerlei lange nicht gehört haben. Wir müssen abwarten, welche Aufnahme dieser warme Appell in liberalen Kreisen finden wird. Nur wenn Thesen den Worten folgen, werden die Liberalen in weiten Volksteilen Unterstützung finden.

Wo gepart wird. Die „Verl. Pol. Nachr.“ schreiben: „In den ersten Jahren nach Einführung der Unterstufungen der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften des Bundeslandstandes hatte man zum Zwecke der Dedung der daraus entstehenden Kosten in die Etats Summen eingestellt, welche sich für die Willkürlichkeit beim Abschluß des betreffenden Finanzjahres als viel zu groß herausstellten. So wurde an dem betreffenden Etatsposten im Jahre 1893/94 über eine Million und 1894/95 nahezu 1/2 Million Mark gepart. Bei der Beratung des Gesetzes hatte man die jährliche Ausgabe auf 2 Millionen Mark angesetzt und danach bei den Ansätzen für den Etat verfahren. Als man die Erfahrung gemacht, daß in den ersten Jahren noch nicht je eine Million für die Unterstufungen ausgegeben war, ermächtigte man die Summe im Etat bedeutend, mußte jedoch bald erkennen, daß man auch nicht zu niedrig hätte greifen sollen. So genigte der Etatsanschlag für 1895/96 nicht, bei dem Finalabschluß der Reichshauptkasse stellte sich eine Mehrausgabe heraus. Von da ab bemah man die Ausgabe in den Etats auf nicht ganz 1 1/2 Millionen, und auch beim Abschluß für 1897/98 hat sich gezeigt, daß man bei dieser Summe in Uebereinstimmung mit der Willkürlichkeit steht. Es kann deshalb als sicher angenommen werden, daß der Etatsposten zur Unterstufung der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften sich auch für das Rechnungsjahr 1899 in gleicher Höhe bewegen wird.“

Bei etwas weniger Strenge in der Prüfung der Ansprüche könnte dieses auf Initiative unserer Partei erlassene Gesetz viel segensreicher wirken.

Zur Nachwahl in Pyritz schreibt der Stettiner „Vollsbote“: „Schon bei der Hauptwahl zum Reichstage stand dem Agrarier v. Ploß ein gouvernementaler Kandidat, der freiherrliche Landrat in Stargard, v. Glawo, entgegen, weil im Kreise eine anti-agrarische Stimmung vorhanden ist. Herr v. Glawo wurde erst in den letzten Tagen vor dem Wahltermin aufgestellt und erhielt eine überraschend große Stimmenzahl. Für ihn waren allerdings auch die Liberalen eingetreten, weil sie keine Aussicht hatten, einen eigenen Kandidaten durchzubringen und weil sie v. Ploß gern zu Fall gebracht hätten.“

Die Reichstags-Erfahrung in Kreuznach. Simmern findet nicht am 23., sondern am 25. August statt.

Wahlnachläge. Der „Anzeiger“ in Aischersleben läßt sich von Schönebeck berichten: „Eine unerwünschte Folgeerscheinung hat die Reichstagswahl in einem größeren Betriebe. Der Nachbarchaft zu Wege gebracht. Alle bisher reichlich geflossenen Unterstufungen an trank Arbeiter und ihre Angehörigen fallen fort, der Fabrikball hört fortan zu den gewesenen Dingen, das Gröhen hat der Chef sich verbeten (h), um die Leute nicht ohne Roth weiter heucheln zu lassen. Jedenfalls hat der Besitzer die unumstößliche Ueberzeugung gewonnen, daß seine Arbeiter durchweg sozialdemokratisch gewählt haben; spielte ein Werkmeister bei dem Wahlakte doch sogar den Kontrollleur für die Partei.“ Die Magdeburger „Vollstimme“ bemerkt hierzu: „Werden sich die Arbeiter aber räumen, wenn sie den Fabrikball nicht mehr besuchen und den Herrn Chef nicht mehr grüßen dürfen. Die wählen ganz gewiß nicht mehr sozialdemokratisch.“

Deutsch-amerikanische Bekämpfung polnischer Kunst. Nach Meldungen österreichischer polnischer Blätter verbietet die preussische Regierung polnischen Schauspielern aus Warschau das Auftreten in der Provinz Posen.

Was den Schauspielern in Rußland gestattet ist, soll in Deutschen Reich gefährlich sein. Besser lassen sich die deutschen Zustände nicht mehr perzifizieren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt gegen unsere Feststellung ihrer Arbeiterfreundlichkeit in Sachen der Nacharbeit:

„Genaß, ihr Herren, eine einzige Frage: Ist in den vielen sozialdemokratischen Genossenschaftsbüdereien die Nacharbeit aufgehoben worden?“

Dagegen ist zu bemerken: 1. Die sozialdemokratische Partei hat mit der Gründung von Genossenschaftsbüdereien nicht das mindeste gemein, ja sie hat gegen solche Gründungen schon oft

Stellung genommen; 2. Genossenschaftsbüdereien sind wie jeder andere Betrieb in unserer Wirtschaftsbearbeitung den Gesetzen der Konkurrenz unterworfen und können deshalb so einschneidende Betriebsänderungen nicht allein vornehmen, dieselben müssen für alle Betriebe durch Gesetz geregelt werden; 3. waren die Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaftsbüdereien bessere als in den anderen Betrieben mit gleicher Arbeiterzahl.

Wiesbaden, 15. August. Die Generalversammlung des „Centralverbandes deutscher Kaufleute“ begann heute und wird bis zum 19. d. M. tagen. Die Generalversammlung nahm Anträge an, welche sich für den Erlaß eines Reichsgesetzes zur Besteuerung der großen Warenhäuser ansprechen und gegen die Konsumvereine richten werden.

Stuttgart, 12. August. (Frankf. Zig.) Der hiesige, unserem „Staats-Anzeiger“ nahestehende Korrespondent der „Münchener Allg. Zig.“ knüpft an die Ankündigung des Wiederauftritts des Landtags im Oktober — die Kommissionen werden schon Mitte September ihre Tätigkeit beginnen — die Bemerkung an, daß im Falle der Nichtannahme der Verfassungsrevision der Landtag aufgelöst und im Januar eine Neuwahl stattfinden werde. Ueber das Schicksal der Verfassungsrevision und des Steuergesetzes (unter diesen beiden Vorlagen kommt auch das Ortsvorstehergesetz unter allen Umständen zur Entscheidung) seien die Ansichten sehr geteilt. Bei der Steuerreform werde es zweifellos gelingen, daß die beiden Kammern sich hinsichtlich der Maximalhöhe der Progression auf den Satz von 4 1/2 pSt. einigen. Was die Verfassungsrevision betreffe, so sei man in parlamentarischen Kreisen vielfach der Meinung, die Volkspartei werde, wenn auch nicht geschlossen, in bezug auf das Budgetrecht der ersten Kammer Zugeständnisse machen.

Schweiz.

Stehende Armee und Volkswehr. Unter den vielerlei Vorschlägen, die das Volkswehrsystem vor dem stehenden Heerwesen hat, gehört auch der, daß die Verpflegung eine weit bessere ist. Die im September stattfindenden Ränder eines Theiles der schweizerischen Armee liefert dafür wieder einen Beweis. So schrieb vor kurzem der Korps-Kriegskommissar des IV. Armeekorps in Zürich eine Lieferung von 880-400 Hektoliter Rothwein und von 6000 Kilogramm fettem Schweizerkäse aus, die auf das Ränderfeld zu liefern sind. Die Lieferungsbedingungen sind sehr streng und können die Mannschaften sicher darauf rechnen, daß sie das Belieferte in bester Qualität erhalten.

Frankreich.

Paris, 14. August. (Frankf. Bericht.) Die Anklagelammer hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Fälschungs-Affäre Esterhazy-Du Paty de Clam verurteilt. Der Hintermann Du Paty de Clam war durch den fälschlichen Vorwand der „Unzufriedenheit“ der Privatjustiz gerettet worden. Der Vordermann Esterhazy nebst seiner Wittwe wurde ohne weiteres von aller Schuld reinewaschen, trotz der erdrückenden Schuldbeweise, die den Untersuchungsrichter Vertulus genötigt hatten, den Schilling des Generalstabes vor das Schwurgericht zu verweisen zu lassen. Man leimt die Rolle der Anklagelammer in der Panama-Affäre. Man weiß, wie sie von Anfang bis zu Ende gerade die am schwersten belasteten Großpanamisten durch Unzufriedenheits-Erklärungen gerettet hat. Seitdem haben die Beschlüsse der Anklagelammer jeden moralischen Werth in den Augen des rechtlich denkenden Publikums verloren. Und diesmal gehörte zur bestellten Reinwaschungs-Arbeit ein noch frecherer Phidias als in der Panama-Affäre, weil die Schuldbeweise ganz offen zu Tage liegen.

Ein Auszug aus einem Leitartikel des „Jour“, eines der schändlichsten Organe des Generalstabes, mag zeigen, was der Generalstab von dem reinewaschenen Esterhazy denkt. Es heißt dort: „Wir wären nicht überrascht, wenn... Esterhazy beispielsweise aus dem Dienste entlassen würde. Noch mehr, wir denken, es wäre vorzuziehen, daß das Opfer des internationalen Komplotts (Esterhazy) nicht mehr der Armee angehören sollte. In einer anderen Umgebung, ja, in einem anderen Lande, könnte Esterhazy seine Vermögensverhältnisse wieder herstellen etc.“ Ja, „in einem anderen Lande!“ Welch ein Witz mit dem Jauchzähl und wach ein dem bedrängten Generalstabes-Herzen sich entringendes Geständnis! Esterhazy, der schon Du Paty de Clam gegenüber, wie aus der Untersuchung Vertulus bekannt ist, den Presse-Expresseur gespielt hat, ist ein höchst unbequemer Schlingling... Die Letzten sind dahin, wo derselbe „Jour“ nach der Freisprechung Esterhazy's durch das Kriegsgericht den unschuldigen Engel in seinen Medallionsrahmen feierte und davon das Publikum in seinen Melame-Lettern, demondrierte, wo der Prinz d'Orleans (während des ersten Boko-Prozesses) Esterhazy als dem herrlichsten Vertreter der „Armee-Ehre“ einen allerhöchst eigenlippigen Kollegen-Schmäh gab...

Kun hat das Kassationsgericht das Wort. Oberst Picquart hat als Zivilpartei gegen die beiden Beschlüsse der Anklagelammer Berufung eingelegt — Beschlüsse, die übrigens zur größeren Sicherheit und mit einem wahren gesetzbrecherischen Luxus dem Obersten Picquart in ihrem Wortlaut nicht mitgeteilt wurden! Aber die Justiz tritt je weiter desto frecher selbst jeden Schein von Gerechtigkeit mit Füßen. Wird der oberste Gerichtshof, im Gegensatz zu allen übrigen Gerichtsorganen, dem Generalstabe zu trohen wagen?

Eins wird jedenfalls dem Generalstabe nimmermehr gelingen — den Widerstand der tapferen Minderheit, die allein noch den Ruf Frankreichs zu retten sucht, wird er nicht brechen. Im Gegentheil, dieser Widerstand wächst im geraden Verhältniß zu den sich häufenden gerichtlichen Unstimm.

Genosse Jaurès hat in der „Petite République“ mit der Veröffentlichung einer Artikelserie über die Dreyfus-Affäre begonnen. Die Studie, die nachher als Propaganda-Broschüre erscheinen soll, ist überzeugend, beweiskräftig, packend und zugleich in glühender Sprache geschrieben. Es ist wohl die gelungenste journalistische Arbeit des großen Redners. In den bisher erschienenen vier Artikeln, von denen jeder fast die Hälfte des Raumes der „Petite République“ einnimmt, liefert Jaurès an der Hand der gerichtlich feststehenden Thatfachen den Nachweis, daß Dreyfus ungeschuldig verurteilt wurde, daß Dreyfus keine Geständnisse gemacht, daß er das Vorderan nicht geschrieben hat, daß er folglich unschuldig ist. Der nächste Artikel wird den „wahren Verräther“ behandeln, d. h. Esterhazy. — Jaurès' Studie ist höchst geeignet, die Arbeiterchaft über die gegenwärtige Krise aufzuklären und sie — vielleicht! — aus ihrer Zuckerverrolle erporzuristeln.

Belgien.

Brüssel, 15. August. Weitern fand in Genesse Stichwahl für den Provinzialrat statt. Der sozialistische Abgeordnete wurde mit 1400 Stimmen Mehrheit gewählt gegen den liberalen Kandidaten.

Italien.

Rom, 14. August. In vatikanischen Kreisen wird versichert, daß Befinden des Papstes mache gute Fortschritte. Am 21. August, dem Namenstag des Papstes, soll großer Empfang stattfinden.

Rußland.

Petersburg, 14. August. Das „Journal de St. Petersburg“ schreibt anknüpfend an Ueberzungen des bisherigen englischen Parlaments-Untersekretärs Curzon über die russensindliche Haltung der englischen Presse hinsichtlich der Politik in China: Wenn jene Blätter sich über den friedlichen Charakter der russischen Politik und über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und China besser Rechenschaft gegeben hätten, so würden sie gewissen sensationellen Nachrichten keinen Glauben geschenkt und Curzon zu jenem Demont nicht veranlaßt haben. Man muß voraussetzen, daß die Erklärung des Parlamentssekretärs den Zweck hatte, die englische öffentliche Meinung über eine gewisse Mißregierung in einem falschen Lichte erscheinen zu lassen. Die russische Regierung ist darauf bedacht, die kürzlich erworbenen Vorteile zu wahren, aber sie verfolgt keineswegs den Zweck, im fernem Osten neue Erwerbungen zu machen und ist

weit davon entfernt, die ökonomischen Interessen anderer Mächte, also auch Englands, schädigen zu wollen.

Die Verheerungen der Russen haben schlechten Kurs, die Engländer sind durch die veränderte russische Politik zu sehr gewichtig, als daß sie den Erklärungen des offiziellen Blattes erhebliche Bedeutung schenken könnten.

Ein geheimen amtlichen Bericht des Generalgouverneurs Fürsten Jmeritinskij über die Lage in Polen veröffentlicht die „Times“. Der Bericht gesteht offen zu, daß die Polen ganz im allgemeinen zu ihrer Klagen über die Inkompetenz der russischen Verwaltung voll berechtigt sind. Von der Verwaltung ihres Landes selber ausgeschlossen, fänden sie nicht einmal die Entschädigung, sich von Befähigten und ehrlichen Leuten regiert zu fühlen. „Die russischen Beamten in Polen“, so sollen des Fürsten Worte lauten, „sind nur halbgebildet, träge, gefühllos, unhöflich und grob“. Da sie außerdem die Polen als die bittersten Feinde Rußlands und ihrer selbst betrachten, glauben sie zu ihrer Form der Unterdrückung berechtigt zu sein. Eine schnelle und gründliche Abhilfe sei allerdings unmöglich, doch sollte die Regierung wenigstens mit der Entsendung einer besseren Beamtenklasse den Anfang machen und vor allem die Gehälter erhöhen, was das Ministerium des Innern bislang immer verweigert hat. „Leider wahr“, hat der Zar am Rande hinzugefügt.

Die deutlich wahrzunehmende Ausbreitung der sozialistisch-revolutionären Bestrebungen erklärt der Generalgouverneur damit, daß der Bauernstand alle Wohlthaten der russischen Verwaltung während des Aufstandes von 1863 vergessen hat. Damals wurde den Bauern das freie Besitzrecht auf ihr Land gewährt, und Rußland erhielt dafür die Unterstützung des Bauernstandes gegen den rebellischen Adel. Seit jener Zeit aber habe ein Viertel ihre Landstellen verloren und der Rest sei infolge Erbteilung auf allzu kleine Parzellen angewiesen. Damit wäre auch die einstige dankbare Gesinnung geschwunden und die Spaltung zwischen Bauern und Adelsstand hätte einer für Rußland gefährlichen Einigung Platz gemacht. Die industriellen Arbeiter ständen in regem Verkehr mit ihren Kameraden in Westeuropa, und die Ideen des Gewerkschaftswesens fänden eine um so weitere Verbreitung, da sie von geheimen Gesellschaften gefördert würden. Polen befände sich industriell und wirtschaftlich auf einem höheren Niveau als das übrige Rußland, aber trotzdem müßte es mit derselben Fabrikvergehung sich begnügen. Eine Aenderung wäre hier dringend notwendig und ebenso, unter anderen speziellen Vorschlägen, die enbliche Erbauung der vielbesprochenen Bahn von Lodz nach Kalisz.

Im russischen Ministerkollegium soll der Bericht sehr ungünstig aufgenommen worden sein.

Türkei.

Konstantinopel, 14. August. In Beantwortung der letzten Zirkularnote der Pforte gab Rußland eine kategorische Erklärung gegen den Beschluß der türkischen Truppen in Areta ab. In diesem Hinsicht erwartet man, daß die übrigen drei beteiligten Kabinette eine gleiche Erklärung abgeben werden.

Zwölf Pascha theilte gestern dem serbischen Gesandten Kovatowitsch in Beantwortung dreier Noten desselben betreffs des Einfalls der Albanesen auf serbisches Gebiet und des Grenzkonflikts bei Tatar-Nöi mit, daß Saad-Edin Pascha Befehl erhalten habe, behufs Untersuchung der Angelegenheit nach Uestlib abzugehen. Ueber die Theilnahme serbischer Delegirten an der Untersuchung solle verhandelt werden, sobald Saad-Edin in Uestlib Instruktionen erhalten habe. Saad ist von Werana nach Uestlib abgereist.

Konstantinopel, 13. August. In einem neuen, an die Boten in London, Paris, Rom und Petersburg gerichteten Zirkular verlangt die Pforte abermals, daß die Admirale auf Areta die Landung von Rekruten zulassen (sollen, welche zum Ersatz der ausgedienten Mannschaften bestimmt sind).

Kanea, 15. August. Hierzig französische Gendarmen und zwei Offiziere sind zur Handhabung des Polizeidienstes hier eingetroffen.

Afien.

Der Kampf um China. Aus Shanghai wird einer Londoner Drohmeldung zufolge berichtet: Die russische Regierung erhielt, wie die „China Gaz.“ mittheilt, von Li-Hung-Tschang während seines Besuchs in Petersburg das Versprechen, daß China eine chinesische Reichs-Polizeiverwaltung unter russischer Kontrolle stellen würde, wenn immer die Freundschaft der beiden Nachbarn durch die Gegenwart eines Fremden in einer solch wichtigen Stellung in Peking leiden sollte und die Interessen der beiden Nationen eine solche Veränderung erfordern. Li-Hung-Tschang soll die Ersetzung Sir Robert Hart's — des Direktors der chinesischen Seezölle — durch Pawlow begünstigen. — Der Kaiser erließ mehrere auffällige Edikte, welche die Hofbeamten und Törtelgenerale antreiben, Maßregeln für die Bildung einer neuen Marine unter ausländischen Lehrmeistern zu beraten. Man glaube, die britische Diplomatie werde demnächst eine neue Niederlage erleiden. — Im Zusammenhange mit der Angelegenheit der Rutschowang-Shanghaiwan-Eisenbahn erlangten die Russen die Kontrolle großer Landstrecken auf der Route der geplanten Eisenbahn. Die verlaufte, war die Dongkongbank gezwungen, als Ergebnis des russischen ihren früher erhaltenen Kontrakt für die Finanzierung der Rutschowangbahn zurückzugeben.

Aus Ostende wird der „Woff. Zig.“ telegraphirt: Die „Gazette“ meldet, König Leopold II. und die belgische Diplomatie arbeiten daran, in China die Abtretung eines Landstriches an Belgien zur Sicherung der dortigen belgischen Interessen zu erlangen. Der König, der vom Ministerpräsidenten begleitet war, hatte dieserhalb mit dem Präsidenten Faure in Havre eine Unterredung.

Afrika.

Die Transvaal-Goldausbeute des letzten Jahres, über welche die Regierung soeben ihren offiziellen Bericht erstattet, zeigt, trotz aller Unheilprophezeiungen unserer Vintemallisten über die wachsende Goldnoth, abermals eine starke, sogar eine ganz außer gewöhnlich starke Ausdehnung. Die gesammte Ausbeute im abgelaufenen Jahre erreichte den Betrag von 11,6 Millionen Pfund Sterling, das sind 8 Millionen Pfund oder 85 pCt. mehr wie im Vorjahre. Die Entwidlung der Transvaal-Goldproduktion ist ferner auch eine schlagende Widerlegung der Sühnden Theorie, daß nur die rasch erschöpften Lager von Schwemmgold unseren Goldbedarf vorübergehend zu stillen erlaubten. Von dem 1897 gewonnenen Transvaalgold entfielen 99,98 pCt. dem wirklichen Bergbau, nur 0,02 pCt. der Bearbeitung alluvialer Fundstätten.

Einige Fiktionen über die sonstigen Verhältnisse der südafrikanischen Goldproduktion mögen noch beigefügt sein. Das Aktienkapital aller in Transvaal im Betriebe stehenden Minen betrug im abgelaufenen Jahre 63,1 Millionen Pfund und hat sich seit dem Vorjahre um 7,8 Millionen Pfund oder 14 pCt. erhöht. Trotz der anhaltenden Depression der Minenpreise ist also die Anlage neuer Werthe in afrikanischen Bergwerks-Unternehmungen noch immer im Steigen begriffen. Von den bestehenden 218 Minen-Gesellschaften haben 30 eine Dividende bezahlt. Das Kapital dieser Dividenden zahlenden Kompagnien betrug 10,8 Millionen Pfund, das Totale der angelegten Beträge 8 Mill. Pfund oder 30 Prozent des Aktienkapitals. Wenn man diese Dividenden auf das gesammte in Transvaal investierte Kapital vertheilt, würde eine Verzinsung von 5 pCt. resultiren. Die Anzahl der Arbeiter, welche in den Minen beschäftigt waren, erreichte die Höhe von 11,642. Die Löhne betragen durchschnittlich per Kopf 311 Pfund.

Partei-Nachrichten.

Preussische Landtagswahlen. Aus Erfurt wird uns berichtet, daß dort am Sonntag eine Konferenz von Vertretern der zum Vereine der Thüringischen Agitationskommission gehörigen preussischen Wahlkreise (Erfurt, Nordhausen, Mühlhausen, Sangerhausen) den einzelnen Wahlkreisen die Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen empfohlen hat und daß die Vertreter der beiden Landtags-Wahlkreise Erfurt Stadt und Land und Schleusingen energische Wahlbetheiligung durch Aufstellung eigener Wahlmänner be-

schlossen haben. Ein Landtagswahl-Programm soll baldigst ausgearbeitet werden.

In die Redaktion des „Volksblatts für Halle“ ist auf einige Zeit der Schriftsteller Karl Wiefenthal aus Leipzig eingetreten.

Todestafel der Partei. In Karlsruhe ist der Stadtverordnete Karl Bauer, ein treuer langjähriger Anhänger unserer Partei, aus dem Leben geschieden. Ehre seinem Andenken!

Die Parteipresse und die preussischen Landtagswahlen.

„Volksrecht“ in Breslau.

Wie sind nach reiflicher Ueberlegung, entgegen einer früher hier vertretenen Anschauung zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir keineswegs die Verpflichtung haben, die Singer'sche Interpretation des Beschlusses als bindend für die Partei zu erachten. Daß uns der Wortlaut des Beschlusses selbst, mit dem wir danach allein zu thun haben, nicht verbietet, dort, wo die Auffstellung eigener Wahlmänner der Partei unmöglich wird, gleich bei den Urwahlen unsere Parteigenossen energisch zur Wahl freistimmiger Wahlmänner anzuspornen, liegt auf der Hand. Selbstverständlich müssen und werden wir dort, wo die Verhältnisse nur irgendwie eine selbständige Theilnahme der Partei an den Landtagswahlen ermöglichen, getreu dem Hamburger Beschlusse für die Aufstellung und Wahl sozialdemokratischer Wahlmanns-Kandidaten wirken. Von einem Kompromiß oder Bündniß mit anderen Parteien oder kann keine Rede sein, wenn wir dort, wo uns die Verhältnisse jede selbständige Theilnahme unmöglich machen, ohne jede Gegenleistung für Kandidaten anderer Parteien stimmen und so wird unseres Erachtens der Beschluß des Hamburger Parteitages voll und ganz erfüllt.

Wenn in der oben angegebenen Weise an die Ausführung des Hamburger Parteitages-Beschlusses gegangen wird, dürfen wir die Ueberzeugung hegen, daß der vor allem in betracht kommende Erfolg, die Zurückverwerfung des Junkertums, in überraschend großem Maße erreicht werden wird.

„Proletarier in Langenbielau“.

Wir sind nicht zweifelhaft, wie das Votum unserer schlesischen Genossen lauten wird. In Schlesien ist es möglich, die Reaktion einige Mandate abzunehmen und dies muß als ein Ziel betrachtet werden, um das zu kämpfen es sich wohl lohnt. Wohl hat der Freisinn sich bei der Reichstagswahl und gegenüber — sagen wir — nicht schon benommen, aber deshalb dürfen wir keine Doppelpolitik treiben, sondern müssen uns auf den Boden der Thatsachen stellen und diese verlangen vor allem eine Zurückdrängung des Junkertums. Darum Theilnahme an den Landtagswahlen.

„Volksrecht“ in Bielefeld.

Bekanntlich werden von jeder Wahlerklasse gleich viel Wahlmänner gewählt. Die Anzahl der Wahlmänner der dritten Wahlerklasse beträgt also ein Drittel sämmtlicher Wahlmänner. Eine relative Mehrheit können diese daher nur bilden, wenn uns mehr als zwei Parteien gegenüberstehen. Mehr als zwei Parteien stehen uns aber bei den preussischen Landtagswahlen nirgend gegenüber. Selbst wenn also, was wir immer noch für ausgeschlossen halten, wir irgendwo in der dritten Klasse sämmtliche Wahlmänner durchbringen sollten, hätten wir immer noch nicht die relative Mehrheit. Geben wir uns keinen Illusionen hin, es ist gänzlich ausgeschlossen, daß wir durch eigene Kraft, sogar Wahlenthaltung des einen Theiles unserer Gegner vorausgesetzt, in den preussischen Landtag einzutreten können.

Aber es ist dringend geboten, wenigstens nichts unterlassen zu lassen, um einen Sitz im Abgeordnetenhaus zu erlangen. Zu diesem Zweck hat die Konferenz des Wahlkreises Bielefeld-Halle-Herford den Antrag für den Stuttgarter Parteitag auf ein Wahlbündniß mit der freistimmigen Volkspartei angenommen. Geht die freistimmige Volkspartei darauf ein, so leidet unsere Wahlagitation darunter nicht das mindeste. Im Gegentheil, wir werden überall, wo es geht, selbständig Wahlversammlungen veranstalten, wo aber nicht — und das ist bekanntlich meistens der Fall —, werden wir in den freistimmigen Wahlversammlungen zu Worte kommen, um für unsere Partei zu agitiren. Ferner, da einige der zu erwerbenden Abgeordnetenmandate an unsere Partei übergehen sollen, können wir auch unseren Wählern ein erreichbares Ziel, welches unserer Partei zu gute kommt, zeigen, welches weit mehr wirkt, als wenn sie eigene Wahlmänner wählen, die ihrerseits freistimmig stimmen müssen. Außerdem wird ja mancher der vereinbarten Wahlmanns-Kandidaten einer aus unseren Reihen sein. Und endlich wird der Schlag gegen das Junkertum auf diese Weise am wichtigsten fallen, weil wir nur so alle unsere Kräfte zur Verwerthung bringen können. Aus diesem Grunde halten wir den Bielefelder Vorschlag für den radikalsten und empfehlen unseren Parteigenossen allerorten, denselben recht eifrig vor dem Stuttgarter Parteitag zu diskutieren, damit nicht wieder ein Schlagwort den Ausschlag bei einem wichtigen Parteibeschluß giebt.

„Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund.

Wir sind mit dem Grundgedanken unseres Bielefelder Parteiorgans ganz einverstanden, es wird aber nur wenige Wahlkreise geben, in denen ein Bündniß erstens parteipolitisch möglich und zweitens ausichtsvoll ist. Zu diesen Wahlkreisen gehört Bielefeld. In den Wahlkreisen Breslau, Frankfurt, Hagen sind die Parteigenossen ganz anderer Meinung. Dortmund-Vogum scheidet, darin glauben wir keinen Widerspruch zu erfahren, nach dem Verhalten des Dortmunder Zentrums bei der Reichstagswahl, bestimmt aus.

„Königsberger Volkstribüne“.

Nach unserer Meinung hat sich nicht's errignet, das uns veranlassen könnte, an dem Beschluß des Hamburger Parteitages nicht festzuhalten. Die Breslauer Genossen beschloßen selbständig vorzugehen, während die Bielefelder sich für ein Zusammengehen mit den Freistimmigen schon bei Aufstellung der Wahlmänner, gegen die Zusicherung von Mandaten ausgesprochen haben. Wir glauben nicht, daß dieser (Bielefelder) Beschluß viele Freunde finden wird. Entweder haben wir vollständig selbständig durch Aufstellung eigener Kandidaten vorzugehen oder ohne weiteres für die Freistimmigen zu stimmen. Wir sprechen uns für das erstere aus.

„Volksbote“ in Stettin.

Wir stellen den Freistimmigen in den meisten Fragen durchaus kein besseres Zeugnis aus als den Konserwativen; in manchen Orten sind sie noch schlechter als diese, aber die Politik muß von allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Es giebt gewisse Punkte, in welchen die Freistimmigen im Interesse ihrer Selbsterhaltung keiner Verschärfung zustimmen können. Bei einer Verschärfung des Vereins- und Versammlungsrechts würde der freistimmige Pöbelverein „Nordost“ genau so gemahregelt werden wie ein sozialdemokratischer Arbeiterverein. Die Freistimmigen haben als Vertreter des mobilen Kapitals auch wieder ganz andere wirtschaftliche Interessen als die Großgrundbesitzer, und die sind in den meisten Fällen von bestimmendem Einflusse.

Was die Wahlen in Pommern betrifft, so fürchten wir, daß schwerlich ein anderes Resultat zu erzielen sein wird. Die Provinz ist mit Ausnahme von Stettin konserwativ vertreten.

In Randow-Greifenhagen haben die Freistimmigen bei der Reichstagswahl ohne jedwede Agitation über 1000 Stimmen erhalten, trotzdem sie erst wenige Tage vor der Wahl einen Kandidaten aufstellten. Es ist hier also noch ein gewisser freistimmiger Kern vorhanden. Hier wäre es schon des Versuches werth, wenn die Freistimmigen sich ebenfalls anstrengen würden. In den übrigen Kreisen der Provinz mag man die Freistimmigen so weit unterstützen, als es geht.

Wenn wir der Theilnahme an den Landtagswahlen das Wort reden, so haben wir nicht nur Kommerz in Auge; in einigen Kreisen dürfte es doch möglich sein, die Konserwativen zu verdrängen, und

wenn unsere Theilnahme nur den Erfolg hätte, den Konserwativen den weiteren Gewinn von Mandaten unmöglich zu machen, so wäre auch das schon ein Gewinn.

„Volksstimme“ in Magdeburg.

Aus den Reihen unserer Genossen hat sich bislang keine Stimme für Theilnahme erhoben. Wir glauben jedoch, daß die sozialdemokratische Partei Magdeburgs sich an den Wahlen betheiligen wird.

„Volksblatt für Halle“.

Für die Parteigenossen von Halle und dem Saalkreise bietet der am Sonntag den 21. August abzuhaltende Kreisstag Gelegenheit, die Frage der Wahlbetheiligung zu erörtern. Jedenfalls würde es, falls das Eintreten beschloßen würde, kaum möglich sein, diejenige Freudigkeit anzufachen, ohne welche eine erfolgreiche Wahlbetheiligung trotz aller Unterordnung unter die von der Mehrheit der Genossen gefassten Beschlüsse undenkbar ist. Und wie in Halle, so im Leipziger, im Delitzscher, im Torgauer und im Wittenberger Kreise.

„Tribüne“ in Erfurt.

Für uns in Erfurt kam es sich nach der Lage der bürgerlichen Parteiverhältnisse nur darum handeln, eine ausschlaggebende Stellung zwischen einem Agrarier und einem Liberalen zu erlangen. Bei der Landtagswahl könnte leicht durch Eingreifen der sozialdemokratischen Wahlmänner ein Konserwativer, ein Agrarier oder auch ein freikonservativ Anhänger von Ausnahmegezeiten durch einen Liberalen, der die Gewähr für Aufrechterhaltung der bestehenden Volkrechte bietet und für Erlegung des jetzigen Verfalls-Wahlrechts durch das Reichstags-Wahlrecht einzutreten vertritt, ersetzt werden. Soweit wir die Stimmung in Erfurt bis jetzt zu beurtheilen in der Lage sind, giebt sich seitens der Arbeiterschaft reges Interesse an den Landtagswahlen kund.

„Volksblatt für Harburg“.

Wir haben in den Provinzen Hannover und Sachsen so gut wie in der Reichshauptstadt die Beobachtung gemacht, daß viele, die für Wahlbetheiligung waren, jetzt nicht mehr dafür sind. Die rückgratlose Haltung der Welfen, der Freistimmigen und der Zentrumsleute bei der Reichstagswahl haben eben zahlreichen Genossen die Lust daran vergällt, diese drei sogenannten Oppositionsparteien für das kleinere Uebel zu halten, haben ihnen jeden Muth benommen, einer Unterstützung dieser merkwürdigen Oppositionshelden das Wort zu reden. Manchem anderen ist bei näherer Prüfung der Sachlage in seinem Wahlkreis die Erkenntniß gekommen, daß ein selbständiges Auftreten der Sozialdemokraten zunächst gerade die reaktionäre Partei mächtiger machen und so vor der Hand das Gegentheil des erstrebten Zielles zuwege bringen würde.

„Freie Presse“ in Elberfeld.

Die scharfe Belämpfung zwischen unserer Partei und dem Freisinn ist naturgemäß da, wo beide Parteien um den Sieg ringen oder wo überhaupt unsere Partei den Freistimmigen gefährlich wird. Bei den Landtagswahlen trifft dies in keinem einzigen Wahlkreise zu, dagegen darf man wohl die meisten der den Landtag beschließenden Fragen als solche bezeichnen, bei denen der Freisinn auf Grund des Selbsterhaltungstriebes gezwungen ist, auf Seiten der Sozialdemokraten zu stehen, gerade wie er bei den Reichstagswahlen durch den Selbsterhaltungstrieb sich veranlaßt sieht, nach rechts Verbindungen anzuknüpfen.

Wir haben so oft unter dem Veil der Genossen betont, daß die Sozialdemokratie das Erbtheil der Bourgeoisie angetreten habe, das heißt, erst die ehemaligen Bestrebungen des Bürgerthums, zu dessen Durchführung dieses zu feige war, zur Verwirklichung bringen müßte, weil letzteres eine geschichtliche Nothwendigkeit für den Sieg des Sozialismus ist. Nun, im preussischen Landtag findet diese Rückständigkeit des deutschen Bürgerthums ihren treffendsten, parlamentarischen Ausdruck. Da das Zentrum als Oppositionspartei, die eventuell unterstützt werden könnte, ausscheidet, wäre es sinnlos, wenn unsere Partei trotz ihrer numerischen Stärke in solchen Wahlkreisen Wahlbetheiligung beschließen wollte, in denen der Freisinn noch niemals eine Rolle gespielt, oder schon so weit von der Bildfläche verschwunden ist, daß er überhaupt nicht mehr die Fähigkeit besitzt, eine oppositionelle Aktion zu entfalten.

Ueber die Frage: wie betheiligen wir uns, hat der Hamburger Parteitag leider keine genügende Klarheit geschaffen. Hier geht unsere Meinung dahin: In solchen Wahlkreisen und Wahlbezirken, in denen unsere Partei stark ist und geeignete Genossen als Wahlmänner zur Verfügung hat, tritt sie bei den Urwahlen selbständig auf. Alles andere ergibt sich dann, wie bei den Reichstags-Wahlwahlen, ganz von selbst; werden bei den Wahlmännerwahlen Stichwahlen notwendig, so stimmt unsere Partei für den Freisinn, und ergeht sich nachher, daß freistimmige und sozialdemokratische Wahlmänner zusammen die Majorität haben, so ist, da ja gerade in solchen Wahlkreisen meist zwei Abgeordnete zu wählen sind, der Weg wiederum genau vorgezeichnet. Wollen die Freistimmigen nicht darauf eingehen, neben ihrem freistimmigen einen Sozialdemokraten zu wählen, so bleiben unsere Wahlmänner zu Hause und überlassen die Freistimmigen ihrem Schicksal. Anders aber liegt die Sache in denjenigen Kreisen, wo infolge des wirtschaftlichen Druckes es nicht möglich ist, eine nennenswerthe Anzahl Wahlmänner für unsere Partei zu finden. Das trifft besonders auf die Landkreise der östlichen Provinzen zu. Hier, so meinen wir, ist es das Beste, wenn unsere Parteigenossen für die freistimmigen Wahlmänner stimmen. Wenn man sich das Wahlergebnis von 1893 in einer Reihe östlicher Landtags-Wahlkreise ansieht, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß dort schon früher viele sozialdemokratische Reichstagswähler bei den Landtagswahlen für den Freisinn gestimmt haben. Dazu kommt, daß bisher schon die Freistimmigen in solchen Bezirken, wo unsere Partei stark ist, solche Personen auf ihre Wahlmännerlisten setzten — wohl meist ohne sie zu fragen — die mehr oder weniger als Sozialdemokraten bekannt oder unter Genossen gut gelitten sind. In Zukunft dürfte das nun zweifellos noch mehr der Fall sein. Warum aber sollen sich die Freistimmigen mit unseren Stimmen brüsten? Sagen wir darum offen heraus, daß wir sie im Kampfe gegen das Junkertum unterstützen.

Mater Parteitag der Sozialdemokratie Thüringens.

Am 14. August, 14. August, 4 Uhr hier im „Vergeschloßen“ vom Anstädter Vertrauensmann Gilek eröffnet.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Berichterstattung über die Thätigkeit der Thüringer Agitations-Kommission.

Der Referent, Pappé aus Erfurt bespricht eingehend die letzte Reichstagswahl, soweit sie für die Wahlkreise im Bereich der Thüringer Agitationskommission in betracht kommt. Der Redner weist die von Parteigenossen aus verschiedenen Orten gemachten Vorwürfe, die Agitationskommission habe ihre Schuldigkeit nicht in vollem Maße gethan, als ungerechtfertigt zurück. Es habe an Agitation nicht gefehlt, um trügen Meinungen vorzubeugen, müsse konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie Thüringens keineswegs eine Niederlage erlitten hat, es sei vielmehr eine Stimmenzunahme von über 6000 zu verzeichnen. Nur im Wahlkreise Heiligenstadt-Worbis hätten wir gegen die letzte Wahl eine Einbuße gehabt, indem wir 250 Stimmen verloren. Dieses ungünstige Resultat in einem vorwiegend katholischen Wahlkreise sei wohl darauf zurückzuführen, daß dort mit den Parteigenossen nicht die genügende Fühlung angeknüpft werden konnte und wohl auch etwas zu grob dazwischen gefahren worden sei.

Es folgt zunächst die Berichterstattung der Präsenzliste. Hiernach sind auf dem Parteitag 36 thüringische Orte durch 67 Delegirte vertreten. Dann wird der Kassenericht der Agitationskommission, der gedruckt vorliegt und gepreßt ist, erledigt. Die Einnahmen betragen vom 1. August 1897 bis 10. August 1898 12 901 M., die Ausgaben 12 058 M. Letztere setzen sich hauptsächlich aus Zuschüssen zu den Wahlkosten der 8 thüringischen Reichstags-Wahlkreise zusammen. An den Kostenbericht schließt sich eine 2 1/2 stündige Debatte über den Hauptgegenstand der heutigen Tagesordnung „Die Agitationskommission“. Die Mehrzahl der Redner stimmen darin überein, daß von der Agitations-

Kommission nicht das geistliche, was erwartet worden war, wenn auch, was zugegeben wird, eine große Schaffensfreudigkeit vorhanden gewesen ist. Genosse Reichmann hält die heutige Disposition für recht erfrischend, biete sie doch einen Beweis dafür, daß die Parteigenossen gewillt sind, zukünftig eine noch regere Agitation zu entfalten. Es wird hierzu folgende Resolution angenommen:

Die Agitationskommission hat sich als ständige zentrale für die thüringischen Wahlkreise bewährt. Ihre Aufrechterhaltung ist unter allen Umständen notwendig. Dem Fehler und Mangel zu konstatieren waren, so lag das an der noch unzureichenden Organisation und Erfahrung, hauptsächlich am Geldmangel.

Weiter wird beschlossen: Sämtliche der Thüringer Agitationskommission zugehörigen Wahlkreise haben vierteljährlich 20 v. H. ihrer Einnahme an die Agitationskommission abzuliefern. Die Agitationskommission hat aus so viel Mitgliedern zu bestehen wie sie Wahlkreise hat. Diese Mitglieder sind von den Parteigenossen an dem vom Parteitag gewählten Sitz der Agitationskommission zu wählen, erhalten jedoch bei der Konstituierung jeder einen besonderen Wahlkreis zugewiesen, mit dem sie in engerer Fühlung zu bleiben und dessen Interessen sie im besonderen innerhalb der Kommission zu vertreten haben. Die Kommissionsmitglieder, insbesondere der Vorsitzende, haben sich anderer zeitraubender Posten im Dienste der Partei nach Möglichkeit zu enthalten. Um den Genossen der einzelnen Wahlkreise eine beschwerde-fähige Instanz zu schaffen, ist an drei vom Parteitag zu bestimmenden Orten innerhalb des Reiches der Agitationskommission je ein Genosse zu wählen, die zusammen die Kontrollkommission bilden. Diese Kommission hat das Recht, in wichtigen Fällen an den Sitzungen der Agitationskommission vollberechtigt teilzunehmen.

Der Sitz der Agitationskommission wird in Erfurt belassen. Die drei Kontrollkommissions-Mitglieder sind zu wählen für das nächste Jahr aus den Wahlkreisen Saengerhausen, Sondershausen, und Weimar I.

Ein Antrag, alljährlich zwei Flugblätter für die Landbevölkerung herauszugeben, die vorwiegend Zeitfragen behandeln sollen, wird der Agitationskommission überwiesen. Dasselbe geschieht mit dem Antrag: Vierteljährlich, mindestens halbjährlich ist ein Flugblatt „Der Landbote“, das in Zeitungsform herzustellen ist, zu veröffentlichen.

Ein Antrag auf Herausgabe eines Kalenders wird bis zum nächsten Parteitag zurückgestellt.

Beim Punkt Presse wird festgestellt, daß die Abonnentenzahl der „Tribüne“ sich im letzten Jahre nach der Formatvergrößerung gehoben hat und daß die Zahl der Auflagen gegen die Redakteure geringer geworden ist.

Nachdem noch ein Antrag, zukünftig die Verhandlungen des Thüringer Parteitages auf 2 Tage auszudehnen, angenommen worden ist, erfolgt Schluß des Parteitages.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! In dem Baugeschäft von Ernst Zimmer, Vorkagenstraße 50, haben gestern sämtliche Zimmerer wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Wir machen alle Kameraden darauf aufmerksam, diesen Flak zu meiden. Die Verbandsleitung.

Achtung, Tapeziere! Ueber die Verstoß von Wuhle u. Komp., Alexanderstr. 23, ist wegen Lohnunterschieden die Sperre verhängt worden. Inzug ist streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Der 4. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist am Sonntag in Kassel vom Vorstände August Wey aus Hannover bei Anwesenheit von 39 Delegierten und 2 Delegierten eröffnet worden. Zu Vorsitzenden wurden Wey aus Hannover und Heinrich Martens aus Hamburg gewählt.

Der Maurerstreik in Frankfurt a. M. sieht, wie uns eine Privatdepesche meldet, günstig. 400 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen, viele Ausschüßlinge sind abgereist, 500 befinden sich noch im Streik. 52 Unternehmer haben bewilligt, weitere Bewilligungen stehen in Aussicht. Da die Unternehmer sehr bedrängt sind und der Zusammenhalt der Ausschüßlinge gut ist, wird ein baldiger Sieg erwartet.

Der Maurerstreik in Breslau ist, wie uns telegraphisch gemeldet wird, am Montag vorläufig für beendet erklärt worden.

In Posen ist Anfang August ein Gewerkschaftskartell gegründet worden. In der betreffenden Verammlung, die glänzend verlief, wurden die Vortheile einer solchen Einrichtung den Anwesenden sowohl in deutscher wie in polnischer Sprache dargelegt. Dem Kartell gehören fast sämtliche Gewerkschaften der Stadt Posen an.

In Solingen stehen sämtliche 90—100 Schleifer der Firma Gottlieb Hammesfahr in Streik.

Aus Schleswig-Holstein. Dem Fabrikarbeiter-Verband in Plön wurde der Ausmarsch mit Musik polizeilich verboten.

Die Seelente in Flensburg haben ihre Lohnbewegung siegreich beendet. Die geforderte Monatslohn von 55 M. ist von den Arbeitern bewilligt worden.

Beendet ist ferner der Ausstand der Schneider der Firma Berger, Collaud u. Komp. in Kiel; die Forderungen der Arbeiter sind anerkannt.

Die streikenden Bäcker Hamburgs und Umgegend haben das Angebot des national-sozialen Vereins, durch diesen eine Vermittlung anzubahnen zu lassen, angenommen. Die Wahl von Vertretern der Streikenden soll jedoch erst dann vorgenommen werden, wenn die Bäckermeister sich zu Vergleichsverhandlungen bereit erklärt haben. Zu gestern (Montag) hat ferner die Kommission derjenigen Bäckermeister, die die Arbeiterforderungen bewilligt haben, eine Zusammenkunft von Vertretern der Zimmern, der Metzler und Metzlermeister sowie der Streikenden anberaunt, um Grundlagern zur Einigung zu schaffen.

In Bremerhaven haben die Maurer der Reparaturwerkstatt des Norddeutschen Lloyd die Arbeit eingestellt, weil sie, wie der „Norddeutschen Volksstimme“ mitgeteilt wird, die längst versprochene Lohnzulage bei der letzten Zahlung wieder nicht erhalten haben. Der Lohn beträgt jetzt 3,50 und 3,60 M. Auf ihre Anfrage, warum sie die Zulage nicht erhielten, wurde ihnen vom Schreiber des betreffenden Ressorts die Antwort zu theil, daß sie aufhören könnten.

Der Streik der Formner bei H. G. Ack in Nürnberg ist für beendet erklärt, da die hauptsächlichsten Forderungen bewilligt sind.

Bei der Baufirma Düren in Stralburg i. G. haben sämtliche am Kasernen-Neubau (Kleinerthor) beschäftigte Steinarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Baufirma wollte ihnen nur eine Stunde Mittagspause gewähren, trotzdem in sämtlichen Gebäuden die Mittagspause 1 1/2 Stunden beträgt. Auch die Lohnverhältnisse waren unbefriedigend.

Ausland.

Die Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen hielten in der Zeit vom 11. bis 14. August in Bern ihren zweiten internationalen Kongreß ab. Vertreter waren die Schweiz durch 2 Delegierte, Deutschland durch 3, Frankreich durch 3 und England durch 6 Delegierte. Von Amerika und Dänemark lagen Briefe vor. Dänemark erklärte, bestimmt der internationalen Vereinigung beitreten zu wollen. Es wurde beschlossen, daß das Bureau des Kongresses während der ganzen Dauer desselben (mit Ausnahme des zweiten Präsidenten) aus denselben Personen bestehen solle. Als Präsident wurde gewählt Schöpke aus Berlin, als zweiter Präsident am ersten Tage Scherer aus Zürich und als solcher am zweiten Tage Drenth aus Paris.

Der Kongreß beschloß die Errichtung eines internationalen Sekretariats. Sitz desselben ist für die nächsten zwei Jahre England. Jeder internationale Kongreß soll das Recht

haben, das Land zu bestimmen, wo das Sekretariat jeweilig seinen Sitz haben soll. Der Fonds des Sekretariats wird gebildet durch Erhebung eines Beitrages von 40 Pf. pro organisiertem Kollegen und pro Jahr. Die Gelder sind dauernd in einer Bank Englands anzulegen.

Vervorgehen sei noch, daß der Regierungsrath des Kantons Bern sein Mitglied Herrn Regierungsrath v. Steiger, Direktor des Innern, zur Theilnahme an dem Kongreß abgeordnet hatte und daß der Gemeinderath der Stadt Bern sich durch seinen Vizepräsidenten Finanzdirektor Müller vertreten ließ und außerdem ein Schreiben an den Kongreß geschickt hatte.

Soziales.

Kerze und Krankenkassen. Zu den Differenzen, die in Barmen zwischen den Kerzen und der Krankenkassen bestanden haben, hatten wir uns die Bemerkung erlaubt, daß unserer Auffassung nach das Recht auf Seite der Kerze gewesen sei, weil sie einfach ihr Berufsinteresse wahrgenommen hätten. Dadurch haben wir uns den Zorn unseres Elberfelder Partei-Organs, der „Freien Presse“, zugezogen. In einer mit malitiosen Bemerkungen reichlich gespickten Notiz befehrt uns die Redaktion der „Freien Presse“:

„Der „Vorwärts“ verfällt in denselben Fehler wie sein Gewähnsman, nämlich die ärztlichen Berufsinteressen mit denjenigen der Arbeiterklasse als gleichwerthig zu erachten.“

Es genüge der Hinweis darauf, daß die Kultur in Trümmern fallen würde, wenn man die Arbeiterschaft befeitigte, daß aber die Weltgeschichte ruhig ihren Gang weitergehen würde, wenn eines Tages die Kerze zu existieren aufhörte. Die Berufsinteressen derselben dürften daher nicht an dem Maßstab von Arbeiter-Verufsinteressen gemessen werden, wenn man nicht den Vorwurf auf sich laden will, die Arbeiterschaft gegen über gewissen gelehrten Verufen zurückzusetzen.“

Die „Freie Presse“ hat mit diesem Appell an die „schwiele Hand“ der von ihr vertretenen Sache den denkbar schlechtesten Dienst geleistet.

Die Thätigkeit des Arztes ist eine gesellschaftlich notwendige Arbeit, notwendiger als manche Art der industriellen Thätigkeit; und von allen gelehrten Verufen ist gerade der des Arztes für die Volkswirtschaft praktisch der wichtigste. Das Berufsinteresse des Arztes nun, der durch seine geistige Arbeit und die Geschicklichkeit seiner Hand den erkrankten Arbeiter in den Stand setzt, wieder arbeitsfähig zu werden, das Berufsinteresse dieses Mannes soll nicht gleichwerthig sein dem Berufsinteresse des Arbeiters?

Ein schöner Standpunkt für ein Blatt der Sozialdemokratie, die bei jeder Gelegenheit hervorhebt, daß sie einen Unterschied zwischen der sogenannten Hand- und der sogenannten geistigen Arbeit nicht macht, sondern beide gleichermäßen nach ihrem Werthe würdigt und beiden demzufolge dieselben Rechte verschaffen will. Mögen die Kerze ihren persönlichen Beziehungen nach zum Bürgerthum zu zählen sein, ihrer ökonomischen Lage nach gehört die Mehrzahl zur arbeitenden Klasse und die Zahl dieser Kerze wird von Jahr zu Jahr immer größer.

Arbeiter-Risiko. Montag früh sind auf der Kuhlmy'schen Segen-Gottes-Grube in Altwasser in Schlesien 4 Bergleute tödtlich verunglückt dadurch, daß die Eisenstange des Fahrtores zerbrach.

Durch eine Explosion kamen in einer Kohlengrube in Mariemont in Belgien 2 Bergleute ums Leben und 12 wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Gerichts-Beilage.

Wächter als Diebe? Bei der Silberwaarenfabrik Vollgold u. Sohn wurde in der Nacht zum 1. Mai ein Einbruchdiebstahl begangen, wobei den Dieben halbfertige Silberwaaren zum Werthe von über 1000 M. in die Hände fielen. Die Fabrikwerkstatt der genannten Firma befindet sich im 4. Stock des Quergebäudes, welches auf dem vierten Hofe des umfangreichen Grundstücks Altmiederstr. 72 liegt. Die Werkstatt befindet sich unmittelbar unter dem Dach. Zum Dach hinaus geht eine Oeffnung zur Beschaffung von frischer Luft. Durch diese Oeffnung waren die Diebe in die Fabrikwerkstatt gelangt, nachdem sie das Dach vom Leberhause aus erreicht hatten. Es waren nur halbfertige, noch zum Theil mit Kitt umgebene Gegenstände gestohlen worden. Auf dem Dach wurden große Mengen Kitt gefunden; der Dieb hatte dort sofort das Silber gereinigt. Das Vorderhaus des Grundstücks wurde damals neu aufgeführt und befand sich im Rohbau. Als Wächter war dort der Arbeiter Gustav Meier angestellt. Das Hinterhaus, in welchem sich die Vollgold'sche Fabrik befand, wurde während der Nacht von dem Wächter Reinhold Opyk beaufsichtigt. Es schien auffällig, daß der letztere von dem zweifellos nicht geringen Geräusch, welches das Loslocken des Kitts auf dem Dach verursacht haben mußte, nichts gehört hatte. In dem Neubau des Vorderhauses wurde eine Durchsicherung vorgenommen. Es befand sich dort ein Kasten mit allerlei Handwerksgeräth und in diesem wurde ein Meißel gefunden, an welchem Kitt klebte. In einem verdeckt liegenden Keller des Neubaus fand die Polizei ferner größere Mengen Kitt und eine leinene Zade, welche einem Lehrling gehörte, der in der Fabrikwerkstatt beschäftigt war und der sie des Abends in der Arbeitsstube zurückließ. Die Kermel waren zusammengebunden und war dadurch eine Art Sod hergestellt worden, den die Diebe benutzt hatten, um darin gestohlenen Gegenstände fortzuschaffen. Der Verdacht der Thäterhaft lenkte sich aus diesen Umständen auf den Bauwächter Meier, während angenommen wurde, daß der Wächter Opyk ihm Hilfe geleistet hatte. Beide Angeklagte bestritten gestern vor der dritten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I ihre Schuld. Meier wollte für die betreffende Nacht dem Mitangeklagten Opyk das Wächteramt auch für den Neubau übertragen haben und der letztere bestritt, daß er irgend etwas Verdächtiges bemerkt habe. Ein einwandsfreier Zeuge behauptete, daß gegen Mitternacht ein Mann über den Baumgarten, der den Neubau von der Straße abschloß, geflattert sei; der Zeuge habe angenommen, daß der Eindringling dort nächtigen wolle. Der Staatsanwalt hält das Belastungsmaterial gegen den Angeklagten Opyk nicht für ausreichend, er beantragte gegen ihn die Freisprechung, gegen Meier, den er für überführt erachtete, zwei Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger, H. H. Theod. Friedmann, wies darauf hin, daß die Angeklagten zwar schlechte Wächter seien, daß man sie aber nicht der vorliegenden schweren That für überführt erachten könne. Der Mann, der über den Baumgarten gestiegen sei, sei vermuthlich der Dieb, der mit den lokalen Verhältnissen vertraut, den Meißel dem Kasten entnahm und ihn später wieder hineinlegte. Der Gerichtshof hielt die Sache nicht für aufgelöst, sondern sprach beide Angeklagten frei.

Ueber die Wirkung des Friedensschlusses

liegen die folgenden Depeschen vor:
Das amerikanische Staatsdepartement ist der Ansicht, daß die Proklamation und die Befehle, die gestern erlassen wurden, eine weitere Proklamation betreffend Aufhebung der Blockade von Kuba und Portorico unnöthig machen. — Den amerikanischen Schiffskommandanten ging der Befehl, die Feindseligkeiten einzustellen, zu, worauf die letzteren sofort aufhörten. — Die Unterzeichnung des Friedens-Protokolls wird allen kubanischen Insurgentenführern bekannt gegeben werden; Gomez soll als Oberbefehlshaber anerkannt werden. Die kubanische Junta theilte dem amerikanischen Kriegsdepartement mit, daß die Kubanischen die Bestimmungen des Friedens-Protokolls annehmen und die Feindseligkeiten einstellen werden. Vom General Miles ist die Dringlichkeit eingegangen, daß er den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten empfangen habe. Aus Ponce wird unter dem 13. August berichtet, alle Vorwärtsbewegungen der Amerikaner auf Portorico seien eingestellt worden. Die vier Kolonnen Amerikaner, die auf San Juan vorrückten, werden bis zum Abschluß der Unterhandlungen und dem Abzug der Spanier in ihren derzeitigen Stellungen ver-

bleiben. Einige amerikanische Transportschiffe sind hier angekommen und schiffen Truppen aus, da gegenwärtige Veschle nicht eingetroffen sind. Zwei amerikanische Dientenants sind mit dem Insurgentenführer Luveras nach dem Nordwesten der Insel gefandt, um in allen Städten die amerikanische Flagge zu hissen. Aus Hongkong wird telegraphirt: Der Dampfer „Australian“, welcher geschartert ist, um den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten nach Manila zu bringen, ist Sonntag Nacht dort hin in See gegangen.

Die spanische Regierung hat Sonnabend Abend den General-Gouverneuren auf Portorico und den Philippinen Instruktionen bezüglich der Ausführung der Bestimmungen des Friedensprotokolls und der Vorbereitungen zur Räumung der Inseln zugehen lassen. Auch erhielten dieselben Instruktionen für den Fall, daß die Aufständischen den Waffenstillstand nicht anerkennen sollten.

Ueber die Aufnahme der Friedensbedingungen durch die spanische Presse wird aus Madrid telegraphirt: Das republikanische Blatt „Pais“ veröffentlicht schwarz eingezeichnet den Text des Friedensprotokolls und sagt, Spanien sei hiermit zu einer Macht dritten Ranges herabgesunken. Der „Imparcial“ schreibt, Spanien sei von einem Gefühl bitterer Traurigkeit ergriffen. Der „Liberal“ erwartet nichts Gutes von den Verhandlungen betreffend die Philippinen; der ministerielle „Globo“ meint, mit diesem Frieden beginne das erste Kapitel einer neuen Geschichte Europas. Der konservative „Tiempo“ endlich giebt der Befriedigung über die Beendigung des Krieges Ausdruck. Die „Epoca“ erklärt, seit dem Frieden von Utrecht sei dies der traurigste Friedensschluß für Spanien. Das Blatt zweifelt, ob die Regierung, die sich zum Kriege habe fortgesetzt lassen, die Friedensverhandlungen gut durchführen werde.

Ueber die Stimmung der spanischen Bevölkerung wird aus Madrid telegraphirt: Die Friedensbedingungen rufen in allen Schichten der Bevölkerung einen außerordentlich deprimirenden Eindruck hervor. Die Erbitterung gegen die Regierung ist in steter Zunahme begriffen, die Situation höchst gespannt. Die Blätter rathen Sagasta an, schleunigst zurückzutreten.

Aus Amerika liegen die folgenden Depeschen vor:

Die bis jetzt erwahtenen amerikanischen Kriegsausgaben werden auf über 600 Millionen Mark geschätzt. Die Armee wird wahrscheinlich auf einen Effectivbestand von 100 000 Mann verringert werden. Die Regierung wird keine Truppen mehr nach den Philippinen entsenden, es müßte denn seitens des Generals Merritt ein dahinschlender Wunsch geäußert werden.

Der entsetzliche Zustand, in dem die Truppen von Santiago in die Heimath zurückkehren, regt das Land bedeutend mehr auf als alle Einzelheiten über die Friedensverhandlungen. Es wird jedenfalls eine Aenderung mit den Beamten stattfinden, die verantwortlich zu machen sind, mit Kriegsssekretär Alger, Generalarzt Steuberg, Generaladjutant Tillinghurst u. a. Die Transportschiffe, welche die Kranken und Invaliden in Santiago aufgenommen haben, sind in Norfolk und Montauk angekommen. Sie kommen in schlimmem Zustande an, weil die Schiffe überfüllt waren, weil die Nahrung ungenügend war und sie nicht die nöthige ärztliche Behandlung empfangen. Vielfach lagen in mehr als tropischer Hitze mit schlechtem Wasser vier Mann in einer Koje. In Montauk Point waren keine Vorbereitungen zur Aufnahme der Kranken und Verwundeten getroffen worden. Unter strömendem Regen mußten die Armen eine ganze Nacht am Ufer unter Zelten zubringen. Die endlosen Reibungen zwischen den Beamten des Kriegsministeriums haben diesen Zustand der Dinge hauptsächlich hervorgerufen.

Es scheint sicher zu sein, daß der Vorkämpfer in London, Gah, der Nachfolger Day's als Staatssekretär werden wird; Day wird wahrscheinlich binnen 8 Tagen demissioniren. Trotz Aufhebung der außerordentlichen Bestimmungen über den Depescherverkehr zwischen Spanien und den Antillen bleibt die Beförderung officierter Depeschen ausgeschlossen. — Aus Franklin (Louisiana) wird ein Fall von gelbem Fieber mit tödtlichem Ausgange gemeldet.

Um eine direkte Kabelverbindung zwischen Nordamerika und den neuen amerikanischen Besitzungen im Großen Ozean (Adronen, Philippinen) herzustellen, hat schon am 20. Juli die amerikanische Regierung durch Vermittlung der hawaiischen Regierung mit der Pacific Cable Company einen Kontrakt unterzeichnet, demzufolge die letztgenannte Gesellschaft ermächtigt wird, ein Kabel zwischen den Vereinigten Staaten (San Francisco), Hawaii, Japan, China und den Philippinen (Adronen) zu verlegen. Der betreffende Kontrakt erstreckt sich über einen Zeitraum von 20 Jahren und die Verlegung soll kontraktmäßig in sechs Monaten nach Unterzeichnung des Kontraktes beendet sein. Das Kapital der Pacific Cable Company beträgt 420 Millionen Mark, für Legung der Kabel ist ein Preis von 42 Millionen Mark vereinbart worden.

Einer telegraphischen Meldung des General Schafter zufolge hat das Transportschiff „Jola de Luzon“ gestern Kadamtlog mit 2193 spanischen Soldaten Santiago verlassen. Schafter beabsichtigt in 3 oder 4 Tagen nach Norden abzurücken.

Des Krieges satt war auch die amerikanische Geschäftswelt; hierüber schreiben die Londoner „Times“:

„Im allgemeinen fragt das amerikanische Publikum im Augenblick nicht viel danach, die Einzelheiten über die Friedensunterhandlungen zu erfahren. Das ersehnte Wort „Friede“ genügt ihm. Es hätte eine große Enttäuschung gegeben, wenn sich die Hoffnungen der letzten Tage nicht erfüllt hätten. Die Gründe sind mehr als sentimentaler Natur. Geschäftliche Rücksichten treten dabei in den Vordergrund. Die Geschäftswelt ist zu der Ansicht gekommen, daß der Friede nahe ist und jeder Kaufmann in den Vereinigten Staaten hat seine Pläne danach eingerichtet. Schnell steigende Wohlthat, ein numerischer Handelsüberschuss im Herbst, ein allgemeines Wiederaufleben der Industrie, darauf rechnet man in den Vereinigten Staaten und glaubt sich nicht zu irren. Der Gedanke des Volkes wendet sich schnell vom grimmen Kriege zu den Segnungen des Friedens.“

„Eines ist sicher: während über mehrere den Friedensschluß betreffende Punkte die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten inebittlich ist, herrscht doch nicht mehr die feindselige Stimmung gegen Spanien in demselben Sinne, wie dies vor drei Monaten der Fall war. Wenn Spanien seine westindischen Besitzungen aufgibt, so hört das unmittelbare Interesse des amerikanischen Volkes an der Vertilgung der spanischen Kolonien auf, ausgenommen die Philippinen. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Amerikaner aber hindert nichts, daß nach dem Friedensschlusse wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herrschen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mit dem Rettungsack gerettet hat die Feuerwehr Montag Abend 9 Uhr mehrere Personen bei einem Brande in der Lückewerstraße Nr. 31. Das umfangreiche Grundstück ist durchweg unterkellert, und in den Kellerräumen lagern neben allerhand Handgeräth auch große Posten von Hobelplanken. Wie man annimmt, sind Kinder den Spähnen beim Einsinken aus Unvorsichtigkeit mit dem Lichte zu nahe gekommen und haben dadurch den Brand verursacht. Aus 8 Kellertöthern quoll nun mit Macht dicker Qualm hervor und hätte den ersten Hof und die Treppenaufgänge vollständig ein, so daß eine Rettung der Bewohner des Quergebäudes über die Treppen unmöglich war. Auf die Meldung „Mittelfeuer“ rückten drei Dampf- und mehrere Druckspritzen an, doch erwies sich die Aufstellung einer mechanischen Leiter infolge der Verengung als undurchführbar. Die Bewohner des vierten Stockwerkes waren am meisten gefährdet. Ihre Rettung war nur über den zweiten Hof möglich. Mit Galenleitern erkletterten hier die Feuermänner den vierten Stock und ließen die theilweise bereits ohnmächtig gewordenen Personen — zwei Frauen und drei Kinder — in Rettungsnetzen herab. Sodann wurden die Kellerräume vollständig unter Wasser gesetzt, wodurch man das Feuer dämpfte.

Köln, 15. August. (W. Z. B.) Auf dem Schießplatz Bahn wurden, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, von drei Personen, welche sich durch die Postenkette geschlichen hatten, um in der Nähe des Angelpanges Weisfäden zu suchen, zwei durch eine Granate getödtet, der dritte schwer verletzt.

Im Kampf ums Recht.

Vor wenigen Tagen ist von der Strafkammer des Landgerichts Colmar im Elsaß das Urteil in einem Prozeß gesprochen worden, der weit über die Grenzen Elsaß-Lothringens hinaus berechtigtes Aufsehen zu erregen geeignet sein dürfte.

Bei den im Juli 1896 stattgehabten Wahlen zum Gemeinderath der Stadt Colmar hatte auch der Eigenthümer Johann Böll dieselbe seine Kandidatur aufgestellt. Böll genoh dabei auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei Colmars, weil er sich als ein eifriger Vertreter der Arbeiterinteressen gezeigt hatte, und es gelang ihm auch, das erstrebte Mandat zu erlangen.

Unterdessen ist Böll allerdings als durchaus unsicherer Kandidat in politischen Angelegenheiten, formell aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, mit der er übrigens nur sehr lockere Fühlung gehabt hatte. Während der erwähnten Wahlkampagne hielt Böll nun eine Reihe von Versammlungen ab, in denen einer u. a. die Behauptung aufstellte, in der Verwaltung der Stadt Colmar hätten sich eine Reihe von Mißständen herausgestellt, deren Beseitigung er sich im Falle seiner Wahl besonders angelegen sein lassen wolle.

Insbesondere hob er hervor, daß ein städtischer Bauausseher zum Neubau seines Hauses der Stadt Materialien gestohlen, ferner daß dem gedachten Beamten ein Unternehmer den Bau seines Hauses fast umsonst ausgeführt und ihn dadurch bestochen habe. Die Wirkung der Rede war bald zu Tage getreten, denn der städtische Bauführer habe es unter Verletzung seiner Amtspflicht zugelassen, daß städtische Arbeiten von dem Unternehmer schlecht ausgeführt wurden.

Weiterhin habe sich der erwähnte Bauführer von einem Maurer, der den Bau der Schlachthausbrücke übernommen habe, 100 Mark geben lassen und dafür die Kontrolle beim Brückenbau weniger scharf genommen. Von der Versammlung aufgefordert, Namen zu nennen, erklärte Böll: Ich meine den städtischen Bauführer Fischer, den Bauunternehmer Rudloff und den Maurer Gelfft.

Fischer und Rudloff, denen diese Verdächtigungen hinterbracht wurden, erstatteten Anzeige, und die Folge war die Erhebung einer Anklage gegen Böll wegen Verleumdung, die am 24. Oktober 1896 zur Verhandlung kam und mit der Verurtheilung Bölls zu 300 M. Geldstrafe endigte. Böll legte indeß Revision beim Reichsgericht ein, die infolgedessen Erfolg hatte, als das Urteil der Strafkammer nebst dem ihm zu Grunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen wurde.

Zu den Gründen des reichsgerichtlichen Urtheils ist hervorzuheben, daß es Bedenken erregen müsse, dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs um deswillen zu verweigern, weil der Angeklagte, der sich um einen Sitz im Stadtrath zu Colmar bemühte, durch alle Mittel seine Wahl habe erreichen wollen, und weil lediglich der persönliche Ehrgeiz ihn zu den beleidigenden Äußerungen getrieben. Wer als Gemeindeglieder zu dem Amte eines Stadtraths durch die Wahl der Wahlberechtigten zu gelangen suche, von dem könne nicht gesagt werden, daß er berechtigtes Interesse nicht verfolge.

Der letzteren zu entbinden sei. Läßt sich nun ein Rechtsfall denken, durch den die Härte und Ungünstigkeit dieser strafprozessualen Vorschriften in effektiverer Weise gekennzeichnet würden, als durch den vorliegenden? Wenn irgend jemals, so ist durch den Prozeß Böll die Berechtigung der Forderung des sozialistischen Programms nachgewiesen worden, welche die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, d. h. die Ueberwälzung der Strafprozesskosten auf die Staatskasse verlangt und es damit unmöglich macht, daß — wie es im Falle Böll geschehen — ein Mann, der im festen Glauben an sein gutes Recht die Beseitigung öffentlicher Mißstände anstrebt, nur aus dem einen Grunde zum materiellen Ruin verdammt wird, weil er bei seinem im Grunde durchaus anerkenntenswerthen Streben etwas über das Ziel hinausgeschossen und sich mit den Thatfachen in unwesentlichen Punkten in Widerspruch gesetzt hat.

Wer die Revisionsbedürftigkeit der erwähnten strafprozessualen Bestimmungen bejaht, und die juristische, soziale und ethische Bedeutung der einschlägigen Forderung des sozialistischen Programms nicht anerkennt, der erklärt damit, daß er das im Volke glücklicherweise noch nicht ganz abgestorbene Gefühl für Recht und Gerechtigkeit in gewissen Fällen bestraft und die Verfolgung des guten Rechts als ein Privilegium der oberen Zehntausend angesehen haben will.

lokales.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Die Belämpfung der Sozialdemokratie bildet jetzt in der bürgerlichen Presse ein ständiges Thema. Konservativ, nationalliberal und antimilitärische Organe sind voll des lieben Eifers, die Sozialdemokratie zu vernichten. Im Schwelge ihres Angehens hat diese Preßmeute, von ihren Auftraggebern angefeuert, sich auf die Arbeiterklasse gestürzt, um die sozialdemokratischen Elemente, wie Bluthunde, die mit der Raufe auf die Spur gestochen worden, zu verfolgen. Wo nur etwas gewittert wird von sozialdemokratischer Gesinnung, in Vereinen, in der Beamten-schaft, in Privatbetrieben, da kessen sie laut und verlangen das Opfer. Nichts ist widerlicher als dieses Treiben elender Vurfsen, die sich darin gefallen, einen so schon abhängig und dürftig gestellten Arbeiter nur wegen seiner politischen Gesinnung aus Lohn und Brot zu bringen; nichts zeigt die Charakterlosigkeit dieser von der Großindustrie und anderen Quellen gespeisten Presse besser, als das Verlangen, daß der Arbeiter nicht nur seine Arbeitskraft, seine Gesundheit und seine Familie in den Dienst der Ausbeuter stellen soll, sondern daß auch über seine politische Gesinnung diese Kapitalmagnaten zu gebieten haben. Die Hungerpertheils soll der Arbeiter fühlen, das ist die gegenwärtige Sozialpolitik. Die „Verl. Neuest. Nachr.“ entzündeten sich vor kurzem darüber, daß ein Geluch der Arbeiter der Militärwerkstätte in Spandau um Lohnhöhung dem Minister zur Entscheidung übergeben wurde. Da haben wir wieder die ganze Heerde dieser Sippigast. Während der Wahlkampf in allen Tönen das Lob der Arbeiter, da rief man sie an, sich von der Sozialdemokratie abzuwenden, ihren Wünschen sollte Gehör geschenkt werden und wie die Verprechungen sonst lauteten. Jetzt, wo die Verwaltung eine Bitte in der ganz richtigen Weise zur Entscheidung bringen will, sind die Scharfmacher an der Arbeit. Die Art der Erledigung gefällt ihnen nicht, die Verwaltung sollte selbst scharf diese Wünsche abweisen, vielleicht gar die Petenten bestrafen. Schließlich berufen sich die „Verl. Neuest. Nachr.“ auf eine Rede des Abgeordneten Schall, indem sie schreiben:

Der frühere Abg. Schall sagte einmal im Reichstage, daß Arbeiter der lömgl. Fabriken von Privatunternehmern nur ungern beschäftigt werden. Weshalb? Vor Jahren sprach der damalige Kriegsminister v. Werdy einer Arbeiterdeputation gegenüber den Wunsch aus, wenn sie beschwerden oder Wünsche hätten, möchten sie sich direkt an ihn wenden, das Ministerium habe ein warmes Herz für die Arbeiter. Nun, das warme Herz haben andere auch, aber der Disziplinlosigkeit und Insubordination war damit auf den militärischen Instanzen die Bahn gebrochen. Offiziere und Beamte der Justiz wurden nicht mehr als Vorgesetzte anerkannt, Wünsche und Beschwerden der unglücklichsten Art wurden direkt an das Ministerium eingereicht. Die Ingenieure und anderen Beamten waren machtlos und die Offiziere riskirten ihre Stellungen, wären sie energisch als Herren im Hause aufgetreten. Ein Arbeiter eines Instituts z. B. wurde infolge seiner Agitation aus der Fabrik entfernt, er beschwerte sich an hoher Stelle und, obgleich er offen als Sozialdemokrat agirte, wurde er wieder angestellt, — hatte er doch nur gegen den ersten städtischen Beamten, keinen Königl. Beamten, seine Muth ausgesprochen. Er reichte an hoher Stelle seine Militärpapiere ein und gab die Versicherung ab, daß er ein alter, treuer Soldat seines Kaisers sei. Und das genügt! Solche Fälle trugen sich mehrfach zu, und während sie auf der einen Seite die Autorität der Obrigkeit untergraben, stärkten sie auf der anderen die Unbarmhelligkeit der Menge.

Herrn Schall über die Zustände in den Militärwerkstätten als Zeugen anzurufen, ist ziemlich dumm, denn dieser Mann hat in der Politik eine so klägliche Rolle gespielt, daß niemand mehr wie seine Fremde selbst seinen Abgang angenehm empfinden müssen. Frage man nur die Arbeiter und jeder wird bestätigen, daß von diesen Schwärzereien über die gelobte Disziplin nicht ein Wort wahr ist, vielmehr empfinden alle unangenehm ein streng militärisches Reglement, das gerade durch die Heße dieser Art Preßorgane noch verschärft wurde. Die Gesinnungslosigkeit und Schamlosigkeit wird die Arbeiter vorsichtig machen, ihre politische Meinung deutlich zur Schau zu tragen. Das wird manchem ehrlichen geborenen Charakter schwer fallen. Aber das von diesem Preßgelichter empfohlene Regiment erzeugt Erbitterung, läßt die untergeordnete Stellung und den Druck des Arbeitsverhältnisses stärker empfinden und macht der Sozialdemokratie keinen Anhänger abwendig. Nur die Opfer sind zu bedauern, die diesem Treiben verfallen, und deshalb wenden wir uns gegen die ungleiche Behandlung sozialdemokratisch denkender Arbeiter, die ihre Pflicht gegenüber dem Staat und an der Arbeitsstätte genau so erfüllen müssen, wie jeder andere Arbeiter.

Der „Kleine Gegen-Lassalle“. Ein Prospekt folgenden Inhalts verleiht ein uns persönlich unbekannter Herr Albert Reumann-Herthel:

Meine Wahlflugblätter haben mir schriftlichen und mündlichen Befehl, von den Gegnern Hohn, Spott und Zorn eingebracht. Von allen Seiten ermahnt, bin ich nun willens, die Flugblätter in Form eines handgerechten Katalogs nach umfänglicher Größenangabe fortzusetzen. Zweck des Unternehmens, Ausstattung, bespricht das näherer der Anhang. Nach von mir gehaltener Umfrage kann ich nur bekunden, daß das Unternehmen warm begrüßt werden wird. Unterzügen Sie nun es noch durch Annoncen, denen ich möglichst gleich in 50 000 Exemplaren in Berlin, Charlottenburg und außerhalb rasche Verbreitung geben will, dann dürfte das Unternehmen einen so gewaltigen Umfang annehmen, wie die Tendenz des „Kleinen Gegen-Lassalle“, so heißt das Kind, es sicher verdient. Eventuell haben Sie vielleicht die Güte, im Interesse Ihrer Arbeiter, 5—1000 Stück zu bestellen.

Allwöchentlich will der strebsame Mann einen Kleinen Gegen-Lassalle dichten und ist er, wie man oben sieht, praktisch genug veranlagt, mit dem idealen Bestreben der Sozialistenvernichtung ein anständiges Annonzengeschäftchen verbinden zu wollen. — Wir unsrerseits wagen nicht zu hoffen, daß es dieses reizende kleine Blättchen noch auf eine zweite Nummer bringen wird, darum wollen wir, um unsere Leser auch einmal zu erheitern, aus der uns vorliegenden ersten Nummer einige Stichproben geben.

Wirklich erhaben wird von unserem Poeten der Briefträger angefangen:

Du läßt Dich nicht stören,
Du lehmst Deine Pflicht,
Du weisest Dich gehalten,
Und weisest Dich geehrt,
Daß kam nie erkalten,
Was Ordnung Dich lehrt.
Dein Brot baßt Dir Ehren,
Deine Arbeit zengt Lust,
Wer kann's Dir verwehren,
Schwollst Dir die Brust,
Doch laß drin nicht schwellen
Der Zeiten Gelfst,
Zeig den „Stromsämlen“,
Weß Geißt's-Kind Du bist,
Klett're nur weiter;

Unser Leser werden — so hoffen wir — jetzt endlich begreifen, was wahre und echte Poesie ist. Regiftriren wollen wir dabei, daß selbst der „Deutschen Tageszeitung“ diese Art der Sozialistenbelämpfung nicht gefällt — ein Zeichen, daß es sehr schlimm um die Sache des Dichters steht.

Die Lehren des Brandes der Vorkriegsmühle in Berlin.

Belanntlich brante die Vorkriegsmühle durch ein am 7. Januar er. entstandenes Feuer bis auf das Maschinengebäude vollständig ab. Es liegt nun das Urtheil des Sachverständigen Stolle über die Lehren dieses Brandes vor; bei dem großen Interesse, welches die Berliner Bevölkerung derartigen Ereignissen entgegenbringt, sei hier die von mehreren guten Illustrationen unterstützte Veröffentlichung im „Zentralblatt der Bauverwaltung“ in einigen wesentlichen Punkten erwähnt. Das Gebäude hatte sieben Geschosse bis zu etwa 24 Meter Gesamthöhe und bestand aus Getreidespeichern, Mählengebäuden und Wechselspeichern.

Wenigen Stunden wurden Werthe an Gebäuden, Maschinen und Waaren in Höhe von ca. 1 650 000 M. vernichtet. Der Brand selbst hat bei der Menge des brennbaren Inhalts (zirka 40 000 Zentner Getreide und 18 000 Zentner Mehl) noch fast einen Monat lang Abblösungsarbeiten erfordert. — Der Befund der Brandstelle hat im wesentlichen ergeben, daß die aus vorzüglichem Material und in reichlichen Stärken hergestellten Mauern den Flammen und dem Druck der Eifenkonstruktion gut widerstanden haben, besonders wegen der die Standfestigkeit begünstigenden massiven Ein- und Ausbauten; Abbröckelungen sind durch den Brand selbst nur in den obersten Theilen des Dachgeschosses entstanden; trotz zahlreicher Ausbiegungen bis zu 70 Zentner und starken Rissen haben die Mauerpfeiler alle alsbald vorgenommene Verbrüche zur gewaltsamen Niederlegung sowie auch die später wiederholt auftretenden heftigen Stöße ohne Veränderungen ausgehalten. Die Eifenkonstruktionen sind mit Ausnahme derjenigen in den überwölbten und nicht mit leicht brennbaren Stoffen ausgefüllten Räumen fast vollständig zerstört. Die gußeisernen Säulen mit Durchmesser bis zu 35 Zentimeter und Wandstärken bis zu 35 Millimeter sind zertrümmert, verdreht und verbogen, die gewalzten Unterzüge bis zu 36 Zentimeter Höhe und die genieteten Blechträger bis zu 42 Zentimeter Höhe fanden sich zusammengeschmolzen oder bandartig verdreht vor. Besonders interessant ist, daß in den Silos, deren Trennungswand aus Eifenfachwerk hergestellt war, die Anker der Eifenkonstruktion durch die Hitze vielfach abgeschmolzen waren und wie Lanzen herunterhängen. Ueber die fast durchgängige Nichtbewahrung der eisernen Thüren, sowohl glatten, wie Wellblechthüren, in den Durchgangsböffnungen und Aufzugsschächten sagt Stolle, daß sie nicht ganz zerstört, im übrigen sehr stark beschädigt waren; sie hielten nirgends Schluf, selbst da nicht, wo sie, wie bei den Aufzugsschächten, zufolge des vorgeschriebenen Verschlufmechanismus gut verschlossen gewesen sein mußten.

Die freitragenden Giebelstiege, wenngleich sie nicht in den eigentlichen Brandherden belegen waren, haben sich unter der starken Hitze fastest bewahrt; der Granit ist vielfach zerfallen, viele Köpfe sind kurz neben den eingemauerten Enden glatt abgesprungen.

Der Brand giebt die Lehre, ähnliche Anlagen, bei denen namentlich auch mit Stiegeplätzen zu rechnen ist, möglichst darauf herzustellen, daß die einzelnen Geschosse feuersicher von einander geschieden werden, daß hochgehende Treppen und Schächte nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar durch gut zu stehende Vorlege oder durch Aufhängeläden mit den einzelnen Geschossen in Verbindung gebracht werden, daß zugleich auf eine entsprechende Sicherung der für die Betriebszwecke erforderlichen Transmissionsdurchgänge Bedacht genommen wird, jedoch namentlich Eifenkonstruktionen nicht ohne glühfichere Umschlingungen angewandt werden. Diese Erfahrung hat man auch bei den Speicherbränden in Hamburg wiederholt gemacht. Bei solchen Maßnahmen dürfte es selbst in Fällen nach Art des Brandes der Vorkriegsmühle mit Sicherheit gelingen, den Brand auf den Entstehungsherd zu beschränken und schnell zu bewältigen.

Die achtzehnte Unfallstation wurde am Sonntag Mittag in der Bellealliancestraße 91 parterre gegenüber dem Bellealliance-Theater vom Kuratorium der Berliner Unfallstationen eröffnet.

Eine interessante bauliche Veränderung wird augenblicklich an der elektrischen Hochbahn in der Gießerstraße ausgeführt. Hier ist bekanntlich an der Ecke der Prinzenstraße gegenüber der Gasanstalt ein großer Bahnhof der Hochbahn im Bau begriffen. Der Zugang zu diesem Bahnhof wird nun nicht etwa von der Straße oder von der Mittelpromenade, sondern von dem gegenüberliegenden Hause Gießerstraße 72 aus erfolgen, welches Eigenthum der Firma Siemens u. Halske ist. Die Arbeiten zur Herstellung dieses Zuganges sind auf der Westseite dieses Hauses im Parterregeschloß und in der ersten Etage bereits in vollem Gange. Um zu dem Bahnhofs der Statius-Prinzenstraße zu gelangen, wird man nämlich von dem Parterregeschloß aus zur ersten Etage emporkriechen müssen, von welcher dann eine eiserne Brücke über den nördlichen Straßendamms hinweg direkt auf den Bahnsteig führt. Was den Stand der übrigen Arbeiten beim Hochbahnbau betrifft, so ist am Montag auch die Herstellung der Strecke Sedan-Platz-Bellealliance-Brücke in Angriff genommen worden, während von der anderen Seite, vom Halleischen Ufer aus, die Vorarbeiten zum Viaduktbau ebenfalls schon bis fast zu dieser Brücke ausgeführt worden sind.

Auffsehen erregt ein Betrugversuch, der auf dem Postamt 48 in der Halleischenstraße mit fast unglücklicher Dreifachigkeit ins Werk gesetzt wurde. Am Freitag hatte ein Geldbriefträger eine Anweisung über 100 Mark an einen Herrn S. in den Vernburgerstraße abzutragen, traf aber den Empfänger nicht an. Nun erhielt ein zweiter Geldbriefträger die Anweisung zur zweiten Bestellung. Da auch er den Empfänger nicht zu Hause fand, hinterließ er, wann er auf dem Postamt anwesend sein werde, mit dem Zugufügen, daß S. sich das Geld dort abholen könne. Es erschien dem auch ein Herr mit dunklem Schnurbart, der sich für den Empfänger ausgab und die Auszahlung verlangte. Da aber der Briefträger ihn persönlich nicht kannte, beanpruchte er einen Ausweis und verweigerte die Zahlung, als weder eine solche noch sonst Angaben über die Höhe der Summe und den Aufgabevort gemacht werden konnten. Der angebliche Empfänger wurde aufgebracht und ließ den Vorlieger rufen. Diefem antwortete er, daß das Geld von seinem Vater komme, der meistens auf Reisen sei und bald von hier, bald von dort Geld schicke; er auch die Höhe der Summe, die verschrieben sei, nicht angeben könne. Die Begleitung durch einen Voten gegen Zahlung von 25 Pf. zwecks Ausweis in der Wohnung lebte er ab und entfernte sich grollend, als nun am Sonnabend

Der erste Diebstahl der Umkleidekabine an S. in der Wohnung... er gab sich, daß ein Betrüger sich in den Besitz des Geldes hatte setzen wollen.

Der Tod einer 79jährigen Almosensammlerin, der unter elendlichen Umständen am Sonntag früh erfolgte, hat zu verschiedenen sensationellen Gerüchten Anlaß gegeben. Der Leichnam ist folgender: In der Koppenstraße 74 im Keller wohnte die 79jährige Almosensammlerin Amalie Weinlauf...

Tödlicher Ausgang eines Ringkampfes. In der Garde-Krafter-Kaserne unternahm gestern zwei gute Freunde, der Kürassier Müller I und der Gefreite Färtenbeutel, einen Ringkampf, um ihre Kräfte zu messen.

Ein blutiger Vorgang spielte sich in der Nacht zum Sonntag in dem Hause Weimarerstraße 84. Ede der Goethestraße zu Charlottenburg ab. Dort wohnt ein Kaufmann Josef S., der in Berlin ein Geschäft mit Strümpfen für Gashäufigkeit betreibt.

Nachträglich wird noch berichtet, daß der Klempner Ewald früher eine große Klemmer in Kiel besaß und für die Marine arbeitete, bis er infolge seiner durch Trunk herbeigeführten Nachlässigkeit keine Aufträge mehr erhielt.

Bei der großen Gefahr, welche bei der augenblicklich großen Hitze die Leichte Entzündbarkeit von Prekohlolen nach sich zieht, ist darauf aufmerksam gemacht, daß es rathsam ist, größere Mengen Prekohlolen nicht dicht zu lagern, sondern derart, daß sogenannte Luftzüge hergestellt werden.

Unfälle. In der Nacht zum 13. d. M. sprang die seit längerer Zeit verrentante Frau eines in der Burggrafenstraße wohnenden Gemeindefullehrens aus der im dritten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinab und war auf der Stelle todt.

Orgelvortrag. Mittwoch, den 17. August, mittags 12 Uhr, veranstaltet Herr Musikdirektor Otto Dienel in der Marienkirche einen Orgelvortrag bei freiem Eintritt, unter Mitwirkung von Fel. Martha Kleinhaus, Frä. Margarethe Bräy, Herrn Domjäger Otto Kunt und Herrn Felix Kowowieski.

10. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Die Zeiten-Allee von der Großen Quer-Allee bis zum Kurfürstentplatz wird behufs Neubehauung der Chausseede vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuergefährliche Schornsteine findet man trotz polizeilicher Vorschriften und eingehender Inspizierung durch Sachverständige noch hin und wieder in „Alt-Berlin“. So wurde die Feuerwehr Sonntag Nachmittag nach Stralauerstr. 48 gerufen, nach einem aus dem ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts stammenden Gebäude mit zwei sehr engen Höfen.

Feuerbericht. Sonnabend Abend war Melancthonstr. 22 ein Stubenbrand abzulösen. Kderstr. 86 brannten Möbel und Gardinen, ebenso Jüdenstr. 53. Sonntag Mittag 12 Uhr erfolgte Ede Seidel und Alte Jakobstraße infolge Kurzschlusses ein Zerreißen des Spanndrahtes an der Oberleitung der elektrischen Straßenbahn, wodurch eine längere Verkehrsstockung herbeigeführt wurde.

Aus den Nachbarorten. Charlottenburg. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins zur Nachricht, daß am Sonntag, den 21. August, ein Ausflug stattfindet, welcher mit dem Besuche der Treptower Sternwarte endigt.

Ueber den Untergang eines Segelbootes auf dem Nimmelsburger See wird von einem Segler, der zur Rettung der Verunglückten herbeigezogen und der Augenzeuge der Katastrophe war, die folgende Schilderung entworfen: Am Sonntag Vormittag gegen 10 1/2 Uhr nahmen vier junge Leute bei Neuseeland in Stralauer Nimmelsburg ein großes Segelboot und fuhren nach dem Gierhanschen und um die Liebesinsel herum zurück.

Veranstaltungen.

Von der Firma Densel, Modellirerei, geht uns in bezug auf unseren Veranlassungsbericht in Nr. 155 des „Vorwärts“ die Versicherung zu, daß der entlassene Arbeiter nicht einmal, sondern wiederholt unregelmäßig die Arbeitszeit innehielt.

Arbeiter-Bildungsschule. Puffenlof, Vorderstr. 9, Ecke Drebbenerstraße. In den Monaten Juli, August und September findet sein Unterricht statt. Während dieser Zeit ist die Bibliothek jeden Donnerstags Abend von 8-9 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Musikverein Berlin und der Umgegend. Kenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Brunnhölzer, Trebbenerstraße 80, 2. Hof. Dienstag: Hansa, Eldorado, Weidenweg 83, Alshing, „Grüne Eiche“, Urbankstr. 57, Schneider, „Wah auf“, Wangenstr. 32, Palast, „Anabalenia“, Korfstr. 19, Udel, „Neuer Berliner Musikklub“, Reichendergerstr. 140, Drogen, „Widny“, Schöneberg, Dampferstr. 67, Donath, „Domino“, Waldemarstr. 16, Langert, „Roths Kofe“, Weststr. 21, Krebs, „Weidenbaum“, Demingstr. 4, Günther, „Kollage“, Reichendergerstr. 157, Wagner, „Einigkeit I“, Rindorf, Demingstr. 22, Buhl, „Rausch“, Demingstr. 13, Rütche, „Kamerun“, Weidenweg 22, Haldenstr. 13, „Palmerio“, Comprecht, Kabanien-Allee 95, „Korea“, Weidenweg 90, Junge, „Waldmeister“, Marienburgerstraße 47, Käse, „Neuer Dain“, Vangerstr. 4, Zechmeister, „Vandervand“, Grünauerstr. 6, Galland, „Waldgeist“, Cöpenickerstr. 1, Gedde, „Nubiga“, Dreyerstr. 40, Herzog, „Lange Weiße“, Friedrichsberg, Wummelburgerstr. 23, Reitel, „Weisenkopf“, Caprinstr. 4, Hoff, „Stambel“, Reu-Weissenhof, Streiterstr. 3, Stegmann, „Gemeinschaft I“, Wienerstr. 7, Wäler, „Diana“, Sadow, Bremerstr. 71, „Jamergrün“,

Managob, Pignierstr. 18, „Raito“, Buttmannstr. 9, Engler, „Blau Wolke“, GutsMuthstr. 30, Reimann.

Gesang, Turn und gefellige Vereine. Dienstag: Gesangverein „Fischer Hülse“, Alexanderstr. 32, Dietrich, „Arbeiter-Jubler“, Gimpelstr., Reichendergerstr. 19, Lehmann, „Rustig“, „Erid“, Brangerstr. 11, Blum, „Hingst“, „Vormärts-Klub“, Kderstr. 17, Reuter, „Vergnügungss“, „Fortuna“, Blumenstr. 30, Weis, „Rustig“, Norddeutsche Klänge, Zwinger, mündenstraße 51, Reuter, „Quartetto“, Weidinger, Gaussestr. 72, Reiter, „Theater“, Concordia, Gellertstr. 30, Scholz, „Waldschlager gem. Chor“, Rosenhölzerstr. 57, Schiller, „Geselliger Klub“, Don Juan, Vindensstraße 106, Jubel, „Vergnügungss“, Feldblume, Ranteuellerstr. 9, Romaf, „Gesang“, Schildhorn, Weidingerstr. 33, Wäster, „Turno“, „Osten“, Lehrstr. 14, abds. 8 1/2, Uhr, Blumenstr. 63a, „Theater“, Widenbrödel II, Kderstr. 144, Vork. Kasino, „Rustig“, Thalia, Salferstr. 95, Jechow, „Kourthens“, „Rui“, Reichendergerstr. 24, Kieburg, „Gesang“, „Eubli“, „Verein“, (gem. Chor), Schulze, Reichendergerstr. 2a, „Gesang“, „Rai“, „Gedächtnis“, Namlow, Schönhauser Allee 135, „Arbeiter-Theaterverein“, „Charlottenburger Bühnenklub“, Waper, Charlottenburg, Walfstr. 90, „Jugend-Gesang“, „Dumorf“, Mann, Straußbergerstr. 3.

Arbeiter-Schwimmklub. Anfragen an E. Fraite, Schulstr. 24. Dienstag: Schwimmlub „Neptun“, Weissenhof, Weissenhofe abends 7 1/2 Uhr im Seebad Weissenhof. Arbeiter-Turnerklub. Dienstag: Turno, „Richte“, Berlin, abds. 8-10 Uhr; 2. Männerabth.: Stallgerstr. 55/56; 4. Männerabth.: Stephanstraße 8; 5. Männerabth.: Kderstr. 67; 6. Männerabth.: Stallgerstr. 54; 1. Weibungsabth.: Prebenstr. 37; 3. Weibungsabth.: Boesstr. 21; 1. Damenabth.: Mariannenstr. 1a, 2. Männer-Turno, „Eiche“, Köpenick, Klein's Hotel (Waldenpark), abds. 8-10 Uhr; Weibungsabth. - „Freie Turnerklub“, Rindorf-Str. 1, Weidinger, Knefelerstr. 113, 6 1/2, 8 1/2, Uhr; 1. Schülerabth., 8 1/2-10 1/2, Uhr; 1. Männer- und Weibungsabth., „Turnerschaft B. d. Neusee“, Männerabth., Reichendergerstr. 131/132, abds. 8-10 Uhr.

Les- und Diskussionsklub. Dienstag: „Säben“, Ewald, Schönleinstraße 6, „Freie Jugend“, Seidler, Rindorfstr. 10. Arbeiter-Zenographenverein. „Etolze“ (Eingangsstr.), Komfenshädtisches Klubhaus, Kinnerstr. 16, abends 8 1/2 Uhr. Deutscher Senefelder-Bund. Mitgliedschaft Berlin. Heute Abend 8 Uhr im Restaurant Nagel, Stralauerstr. 57; Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt. A. 100. Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen. Vorsitzender G. Riede, Schlegelstr. 7, IV; Rentamt G. Gerlach, Waisenstr. 23, III. R. 9. 100. Vedder nicht zu verwenden. Ist an die angegebene Adresse zurückgeschickt. G. 6. 69. Derartige Gründe liegen nicht vor. W. 2. 35. An der Küste von Französisch-Guyana (Süd-Amerika).

1. C. 2. Sie wenden sich am besten in dieser Sache an die Redaktion der „Volkstimme“, Frankfurt a. M., Großer Kirchhof 17. Hermann. Ihre Aufschrift ist uns unbekannt, sprechen Sie einmal persönlich mit vor. G. 2. Richten Sie ein Gesuch an die Direktion der Strafanstalt. D. 9. 1. In jedem Geschäft, wo optische Instrumente verkauft werden, können Sie Auskunft erhalten. G. R. Pelzig: 1 650 000 Einwohner. Genosse. Ein Wahlkreis im Wahl war ohne sozialdemokratische Kandidatur; die anderen Angaben waren irrtümlich. T. 9. Rein. Kandidaten. Die Darimann'sche „Offertengeltung“ halten wir nicht. A. 9. 26. Können wir leider nicht verwenden. Verlangen Sie den Beamteten und geben Sie uns bekannt, wann der Termin stattfindet.

Witterungsübersicht vom 15. August 1898, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F.

Weiterprognose für Dienstag, den 16. August 1898. Sehr warm, vielach heiter, zeitweise wolfig bei mäßigen südöstlichen Winden, ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Im Verlage der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Huer u. Co. in Hamburg ist soeben erschienen und von derselben zu beziehen: Der Neue Welt-Kalender für 1899.

Dreihundertzweizehnter Jahrgang. Reich illustriert. Preis 40 Pfennige. Bei Einzelbezug erbiten wir Einlösung des Betrages in deutschen Reichsmarkten nebst 10 Pf. für Porto.

Kalendarium - Volkstümlich. - Allerlei Statistik. - Rückblick. - Messen und Märkte. - Im Kreislauf des Jahres. - Föcher Ausland. Von W. H. v. Polenz (mit Illustrationen). - Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtigkeitszeit. Von W. Viehwacht. - Alte und neue Telegraphie. Von Dr. W. Worchard (mit Illustrationen). - Wiegand. Gedicht von Ludwig Velsen. - Seine Waffen. Von Franz Kahler (mit Illustrationen). - Proletariats Tod. Gedicht von Ludwig Velsen. - Karl Grellenberg. Von J. A. (mit Texten). - Ein Wunderwerk der Technik. Die Eisenbahnbrücke bei Wangan. Von A. G. (mit Illustr.). - Fremde und Rehworte als Sprachbehälter. Von V. Schönbach. - Jetzt kommt er! Von Börge Janssen. - Gleaner Marx. Von W. Viehwacht (mit Texten). - Klondike und die Goldfelder. Von Max Schöppel (mit Illustration). - Die schlaueste Geschichte. Von Börge Janssen. - Wichtiges und Falsches in der Naturgeschichte. - Von Dr. E. Schneider. - Der Kampf der englischen Maschinenbauer. Von Hugo Borchs. - Wahrheit. Von Börge Janssen. - Schöne Bette. Gedicht vom Schrein von Bremen. - Fliegende Blätter. - Für unsere Mitbürger. - Auflösung der Rätsel. - Trübsal und Glückseligkeit. - Hierin vier Kupfer nach der Arbeit. - Heimatlos. - Wirtschaft an der Handstraße. - Ein guter Tropfen. Ein wenig Lieb. - Ein farbige Bild: Gesehung. - Ein Wandschaber.

Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Raumelburg, Prinz Albertstr. 6a, im Jagareregeschäft.

Suche Wäsche in und außer dem Hause. Steinsund, Amalensstr. 21.

Einen geübten Stanger i. Hülfschulbuchst. Marzstr. 50.

Karton-Arbeiterinnen, auch Schreidchen verl. Leop. Ziel. Neue Königstr. 30. 57000

Arbeitsmarkt.

Ein Mädchen für alles wird sofort oder zum 1. September verlangt. Raumelburg, Prinz Albertstr. 6a, im Jagareregeschäft. Suche Wäsche in und außer dem Hause. Steinsund, Amalensstr. 21. Einen geübten Stanger i. Hülfschulbuchst. Marzstr. 50. Karton-Arbeiterinnen, auch Schreidchen verl. Leop. Ziel. Neue Königstr. 30. 57000

Expedient

für mitteldeutsches Provinzial-Parteiblatt, welcher teilweise auch zur Redaktionsarbeit herangezogen wird, für sofort arbeitsfähig. Gehalt nach Vereinbarung. Offerten an O. Törke, Saalfeld, Th., Oberlangengasse 57000.

Zwei Tapezierer oder Stickergehilfen, zu denen von alten Tapezierern bevorzugt, per sofort gesucht. Defenbacherstraße 37, Stein. 4456

Arbeiterinnen auf warr. Küber. W d g l i d, Haldenheinstr. 42. 4426

Parteiheger sucht sofort Albert Hess, Steint, Turnerstr. 17a. 4436

Farbmacher, Vergolter verlangt. Mathienstr. 14. 4446

Jackets-Arbeiterinnen, glatte und leicht veränderte Sachen, 2,75-5,50 Mark, verlangt. Blach, Grüner Weg 12. 4406

Stenograph. Suche sofort jüngeren Bureaugehilfen, kotten Stenographen. 57633

Arbeitsmann, Haldenheinstr. 42. 4426

Verlegerin verlangt. W d g l i d, Haldenheinstr. 42. 4426

Stenograph. Suche sofort jüngeren Bureaugehilfen, kotten Stenographen. 57633

Arbeitsmann, Haldenheinstr. 42. 4426

Verlegerin verlangt. W d g l i d, Haldenheinstr. 42. 4426

Stenograph. Suche sofort jüngeren Bureaugehilfen, kotten Stenographen. 57633

Arbeitsmann, Haldenheinstr. 42. 4426

Verlegerin verlangt. W d g l i d, Haldenheinstr. 42. 4426

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion kein Publikum gegenüber irgendeiner Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 16. August.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Urbine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Badenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien. Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Weichenreifer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Welsch. Anf. 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshafen. Zwei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Theater. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Herr und Frau Doctor. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Der Todtschläger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturhistorische Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Zuvaldenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Myosho. Don Juan in der Hölle. Anfang 9 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater
34. Reichendergerstraße 34.
Direktion: Rich. Anger.
Der anhaltenden Hitze wegen findet die Gröfzung erst
Donnerstag, den 25. August,
statt.

Central-Theater
Direktion: J. Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theater-Geschichte.
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall.
Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. R. Röhr und Julius Freund.
Im Saale geleitet von J. Ferenczy.
Dirig. Dr. Kapellmeister C. Goldmann.
Anfangsgründung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die Geisha.

Friedrich-Wilhelm-Theater.
Chausseest. 25/26.
Unwiderstehlich leichte Woche der Filiputaner
vor deren Abreise nach Amerika.
Abends 8 Uhr:
Zwei Tage Millionär.

Offend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Der Hüttenbesitzer.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Sean. - Donnerstag: Der Hüttenbesitzer. - Freitag: Deberab. - Sonnabend: Sean.
Vorstellungsbüchlein finden nur Sonntag Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Max Grabow, Tanz-Komiker. Deta Waldau, Bravour-Soubrette. The two Terras. Geschwister Petram, Theater-Fantocher etc. Theater-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Cord Gynlay Edl Blum.
Sarolta Fanesi Tornay.
Erdödy Arpad Sigm. Lieban.
Oberphosphor Henry Bender.
Sataninchen Ada Milani.
Koloman Robert Steidl.
Fiorotte Flourey Lina Goltz.
Piccolino Marg. Lieban.
Ferner Auftreten von:
Spezialitäten allerersten Ranges.
Kassensolln. 6 1/2, Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Pohlmann's Waudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Kuba.
Vorstellung in 2 Bildern v. Victor-Rocher.
Vollständig neues Spezial-Programm.
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 6 1/2 Uhr.
Eintritt 30 Pf.
Die Direktion: Ford, Lehmanns.

Concerthaus
Lützowstr. No. 48
Leichte Saison vor dem Ybbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Adalgis.
Adolf Hoffmann.
Schönhauserstr. 142. (57302)
Anfang: Sonntag 7, Montag 8 Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matherhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Fahrt auf dem Golf von Neapel.
Fahrt durch Konstantinopel.
Neu!
Alpenglühchen.

Castan's Panopticum.
Major Graf
Neu!! Walsin-Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Traunstein.
Metodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten. von Hugo Schulz. Musik von H. Herber.
Berg-Trio, türkisch-gymnastisches Potpourri. The 3 Forleys, diabolische Excentric. Cobr. Mirado, Grotesque-Duettisten. Elly Viola, Rosinjoubur. Mr. Ranella, Komischdramat. Max Theo, Pantheist. Jan and Jim, Knackbrot. Morleys, Fata Morgana.
Ballet, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Allabendlich die tollste Burleske
Berlin auf Stelzen!
und 20 erstklassige
Spezialitäten, u. a.:
The 9 Torpedoes!
Trapnell-Family!
Mlle. Giordani.
Francis Willon!
Clara Antoni! Ferdin. Cario!
und neue Debuts!
Anfang 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Bei unglücklicher Witterung im grossen Theatersaal.
Familien-Vergnügungen täglich gültig.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich (Anfang präz. 8 Uhr):
Stettiner Sänger
(Weissel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schröder).
Heute zum Schluss:
Cavalleria schufficana.

Ostbahn-Part.
Am Küstener Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Bei unglücklicher Witterung finden die Vorstellungen im grossen Saale statt.
Reine neubauten Bestände haben Vereinen zur Verfügung.
Achtung! Achtung!
Feldschlößchen,
Müllerstrasse 142. (57302)
Jeden Mittwoch: Großes Kinderfest mit Vertonung.

Brauerei Friedrichshain
Vor dem Königsthor. (früher Lips.) Vor dem Königsthor.
Montag, den 22. August 1898:
Nachfeier!
Grosses Sängerfest
veranstaltet vom
Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.
Massen-Gesang
unter Leitung des Bundesleitenden Herrn Rich. Blobel.
Instrumental-Konzert
von 2 Musikkapellen.
Direktion: Herren Grass und Voigt.
Der Gesang wird von sämtlichen in Berlin domicilirenden Vereinen ausgeführt.
Kassen-Gröfzung: Nachmittags 4 Uhr.
Beginn des Konzerts: Nachmittags 5 Uhr.
Entrée 30 Pf.
Im Saale:
Grosser Tanz
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Ein Vorverkauf von Billeten findet nicht statt.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entrée 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Großes Garten-Konzert** und im elektrisch erleuchteten Kiefernalle: **Grosser Ball.**
Die Kaffeestube ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich beständige Sorge getragen. Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
58412* **Karl Mittag, Deponom.**

Max Klien's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. - Artistischer Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Alma und Hans Bellini. Mlle. Dumont, Serpentin-Tänzerin. The Mezzetto's. Karl Gursch, Tanzkomiker. Paul Frey, Humorist. Franziska Wünsch, Operetten-sängerin. - Neu! Das Gänsegetel. Ballett in 2 Bildern von Johannes Eigner. - Neu! Karoline. Schwan in 1 Akt von G. G.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
In den Sälen: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Max Klien.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 56502*
empfehlte seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saal.
An Wochentagen jeder Damentags. Auch ist die Kaffeestube von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Bittet um erwünschten Besuchen in Handlungen.
Gehöhrten Vereinen empfehlen wir unsern Gesellschaften (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).
Fordern Sie nur den vorzüglichsten schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der besten Tabakfabrik Dänemarks C. W. Obel, Kopenhagen und
Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin: Carl Rökner, Gröner Weg 8. Telefon-Nr. VII 3831. 54042*

Lungenkrankheiten
(chronische Katarrhe u. Lungenschwindsucht)
heilbar
durch das vorzüglich wirkende und gänzlich unschädliche
„Glandulën“
Glandulën ist das wirksamste Mittel bei jeder Form der Lungenkrankung. Seine allmählichen Erfolge auch in allen, vorgeschrittenen Krankheitsfällen werden bestätigt von Hunderten von geheilten Kranken u. Aemtern.
Glandulën ist das rationellste bisher bekannte Mittel, denn es ist der Stoff, wozu die Natur im Körper selbst die Lungenkrankungen heilt, der Organismus erkennt nur, wenn die Menge desselben ungenügend ist. Durch seine Zuführung wird das natürliche Heilbestreben unterstützt.
Glandulën ist kein künstliches chemisches Mittel, welches fast stets unerwünschte unangenehme Nebenwirkungen haben, es ist völlig unschädlich, auch bei langem fortgesetztem Gebrauch.
Glandulën wird hergestellt in der Chem. Fabrik von Dr. Hofmann Nachf., Messias 1. N., aus Bronchial-Lungen-Drüsen gesunder Thiere in Tabletten (angenehme Form des Einnehmens). Jede Tablette von 0,25 Gr. entspricht 0,25 Drüsensubstanz, hergestellt mit Milchzucker als Geschmacksmittel.
Glandulën ist gesetzlich geschützt und patentiert D. R.-P. Nr. 192, man hüte sich vor Nachahmungen. Nur die Tabletten enthalten in unveränderter Form die gesammelte Heilsubstanz der Drüsen, alle Auszüge derselben in Flüssiger Form enthalten nur störende der wirklichen Bestandtheile. Verküpflich in Apotheken à Mk. 4,50 für 100 und Mk. 2,50 für 50 Table., oder direkt von der Fabrikanten, welcher auch Berichte von Aerzten und geheilten Kranken auf Wunsch versendet. (122.)

May's Park-Restaurant Johannisthal.
Am Sonnabend, 20. August:
Sommernachts-Ball
wozu ich Freunde und Bekannte hiermit freundlichst einlade.
Von 4 Uhr nachmittags ab: **Gr. Garten-Konzert.** Entrée 20 Pf.
Gratisverlosung von 40 werthvollen Gegenständen.
Die Losnummern befinden sich am Billet, bitte daher letzteres aufzubewahren.
Wwe. Elise Rau.

Rad-Rennbahn Halensee.
Dienstag, den 16. August:
Elite-Tag und Zweite Fest-Vorstellung von Pain's weltberühmten pyrotechnischen Schauspielen.
Lobrunder Jubiläums-Fest-illumination.
10 000 farbige Lampen. (57642)
Große Tanz- und Gesangs-Pantomime:
Das Zigeunerlager und der Bauer auf der Brautkammer.
Auftreten eines 80 Personen starken Chors, Clowns etc.
Grosses Militär-Doppel-Konzert
Beginn des Konzerts 7 Uhr. Pyrotechnische Schauspiele 9 Uhr.
Preise der Plätze: Erste 3 M., numerierter Tribünenplatz 2 M., Arena und Sattelplatz 1 M., zweiter Platz 50 Pf. Vorverkauf im Invalidenpark, Pöcher u. Wolff und den mit Plakaten belegten Handlungen.

Kür Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
Lieferer ist: 57542*
49/2 Pl. Export-Weißbier für 3,- ohne Wasserzuzug.
50 Pl. Edl. Gärter Exportbier für 3,-, (40 Flaschen helles Lagerbier für 3,-, von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eins umsonst.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin, W., Seidenstrasse No. 82.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Stadt und Land.
Pöse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser.
Vorher:
Ein Judas im Landenjahag.
Schwan in 1 Akt von Gyppez.
Auftreten von Spezialitäten.
Im Saal: **Grosser Ball.**
Wedding-Park
Müller-Strasse 178.

Norddeutsche Sänger
Biegler, Wolf, Hohenberg etc.
Entrée 20 Pf., Vorzugsbillet 15 Pf.
Apollo-Theater-Garten Rixdorf
Hermann-Strasse 48-50.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Gr. Spezialität-Vorstellung
Auftreten berühmter Künstler.
Bei unglücklicher Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
Im Saal: **Großer Ball.**

Cohn's Festsäle,
Kleiststr. 19-22.
Säle von 100-1000 Personen fassend, für Versammlungen u. Vergnügungen. September noch zwei Sonnabende frei. Oktober einige Sonntage.
Zum Ausklang gelangt **Schultheiß Wärsen und Verbands.** 57592*
Kleiner Saal u. Vereinszimmer zu Hochzeiten u. Gesellschaften u. für Vereine zu vergeben. (391b) **Rebelin, Vangestr. 108.**
Sommerproffen sicher und gründl. in kurz. Zeit zu emifern. 2,50.
Gesichtspitel, Finnen, Pantröche, Jemel und raditel zu des fetter 2, 2.-. Prants gegen Briefen oder Raden. Garantie für Erfolg und Anfschließlichkeit. Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt 5. (47441.) **Reichel, Spezial, Berlin, Gfentstr. 4.**

Fahrräder.
Stets großes Lager erzfass. Fahrrad-fabrik auf 56780*
Theilzahlung
ohne Preisverhöhung zu den sonstigen Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lohringerstrasse 48 I,
dicht am Hohenheimer Thor.
Dr. med. Schaper,
prakt. Homöopath. Urtg u. Spezialarzt f. Haut-, Genu-, Weichtheileiden, Frauenkrankheiten. Str. 2-1-43, **Schöneberger Ufer 25.**
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7-5. **Gröne Ganturgesstr. 20, I.**

Stempel-Fabrik von **Robert Hecht,** Berlin S., Cranienstr. 142. liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in besser Ausführung. **Kautschuk-Typen „Perfekt“** zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Wegen Räumung. GARDINEN und (56302*) **Stores,** crème und weiss, fabelhaft billig. **Gardinen-Lager**
J. Adler, Teppichhaus
Spandauerstrasse 30, gegenüber dem Rathhause.



